

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261.

Freitag, den 6. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vogel friß oder stirb!

Das wird zweifellos die Parole sein, die dem Block seitens der Regierung aus Anlaß der sog. Reichsfinanzreform gestellt wird. Wird die letztere nicht geschickt, dann muß der Block in die Brüche gehen. Und weil man weiß, daß die Liberalen auch im gegenwärtigen Zeitpunkt noch blocktoll sind, deshalb wagt man es, dem Reichstage eine solche ungeheuerliche Bescherung entgegenzubringen.

In der Tat — es ist das Ungeheuerlichste, was je an Steuerbescherungen im Deutschen Reiche dagesewen ist. Und wir waren immer und immer schon durch neue Steuerzulagen genugsam geplagt. Neue Steuern, neue Steuern, — das ist ein altes, oft vernommenes Lied unserer Reichschagkünstler. Aber die jetzigen Vorlagen übertreffen weitaus alles, was je dem deutschen Steuerzahlenden Volk zugemutet wurde. Alles Frühere erscheint wie ein Kinderspiel. Früher entbrannte der Streit um 50 oder 100 Millionen, höchstens, wie vor drei Jahren, um 200 Millionen. Herr Sydow geht aufs Ganze, er fordert 472 Millionen pro Jahr. Und dabei ist er ja noch bescheiden, denn er „gebraucht“, wie er verkünden läßt, eigentlich 500 Millionen Mark.

Im Jahre 1906 erst hat der Reichstag neue Steuern in Höhe von etwa 180 Millionen Mark beschlossen. Es kam die Biersteuererhöhung, die Zigarettensteuer, die Frachtkundensteuer, die Fahrkartensteuer, auch die geringfügige Erbschaftsteuer. Freilich, man verstand sich so schlecht aufs Steuernmachen, daß diese Steuern zum Teil nicht einmal den verlangten Ertrag brachten; die Fahrkartensteuer war so unsinnig angelegt, daß der Eisenbahnsiskus nur Schaden davon hatte und daß jetzt diese famose Steuer wieder beseitigt werden muß.

Aber jene Steuern, die der Freiherr v. Stengel im vorigen Reichstag durchlegte, sie waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der große Reichsdalles zeigte sich bald schlimmer als zuvor. Trotz Zunahme der Reichseinnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern klappte das Defizit schredlicher als je. Die Bumpwirtschaft griff rapider um sich als je zuvor, die Reichsschuld stieg für das jetzt laufende Jahr auf mehr als 4 Milliarden 300 Millionen Mark und sie erfordert jährlich einen Zinsaufwand von 160 Millionen Mark. In der Tat, die Reichs-Finanzmisere ist fabelhaft!

Wodurch aber ist dieses Finanzzeleud verursacht? Wären es wertvolle Güter, für die das Reichsgeld aufgewendet wurde, wären es Kulturaufgaben, für die neue Steuern gefordert werden, so würden wir Sozialdemokraten nicht den Knäuel spielen. Aber die Finanznot des Reichs ist umgekehrt entstanden durch unsinnige, unkulturelle Politik! Die ungeheuerlichen, in immer jähren Steigerungen sich fortsetzenden Küstungsaufgaben für Heer, für Kriegsschiffe, für weltpolitische Expeditionen haben das Reich in den Abgrund der Schulden gestürzt. Was nützen dem deutschen Volke die Riesen-aufwendungen für die gepanzerte Faust, wenn unser Regierungssystem, wenn unsere Staatsmänner so jämmerlich sind, wie es gerade durch die letzten Vorgänge so grell beleuchtet wurde, wenn unsere Bülow's uns mit allen anderen Nationen in gefährliche Konflikte bringen!

Wir brauchen nicht mehr Steuern! Wir brauchen andre Staatsmänner! Wir brauchen ein neues Regierungssystem, vermittels dessen die internationale Situation des Reichs vernünftig gestaltet wird. Dies ist die oberste Forderung des Tages!

Ist es denn nicht wie ein Stück aus dem Lohaus, daß ein Staatsmann wie der Reichskanzler v. Bülow die Zumutung an das deutsche Volk macht, die schweren Fehler und Sünden seiner Politik durch neue Hunderte Millionen Steueropfer büßen zu sollen?!

Was wird der Blockreichstag tun? Eigentlich sollte er schon im vorigen Winter große Steuervorlagen bewilligen. Damals erschienen die Blockparteien noch nicht genugsam gezähmt. Freiherr von Stengel vermochte es noch nicht recht, Konservative und Freisinnige unter einen Steuerhut zusammenzupacken. Herr Sydow soll jetzt dies Werk vollbringen. Die Bewilligung von 472 Millionen neuer Steuern — das soll ja die eigentliche Hauptleistung des „nationalen“ Blockreichstages sein! Damit

enthüllt sich erst endgültig das hehre Ziel, um dessen willen die tolle Wahlhege im Januar 1907 entfesselt wurde.

Werden die Blockparteien die Belastungsprobe dieser Steuervorlagen auf sich nehmen? Wird der Freisinn für diese ungeheuerlichen Belastungen des Massenkonjums, für diese schwersten Störungen ganzer Industrien und weitester Erwerbskreise die Verantwortung übernehmen? Wird er es tun um der Gunst eines Reichskanzlers willen, dessen Stern im Erlöschen ist?!

Allem Anscheine nach müssen diese Fragen, soweit der Freisinn in Betracht zu ziehen ist, bejaht werden. Anstatt daß die „Freisinnige Ztg.“ klipp und klar diesen Steuerplänen den Krieg erklärt, läuft sie nämlich wie die Rake um den heißen Brei herum. Sie schließt einen Artikel über die Steuerpläne mit folgenden nichtssagenden Worten:

„Was nun die Freisinnige Volkspartei betrifft, so wird sie vorurteilsfrei an die Prüfung der Vorlage herangehen. Sie ist sich in vollem Umfange des Ernstes der Situation bewußt und verschließt sich der Erkenntnis nicht, daß unter den heutigen Verhältnissen mehr als je eine Sanierung der Reichsfinanzen notwendig ist. Andererseits weiß sie aber auch, was sie ihrem Programm schuldig ist und wird die Grundzüge, von denen sie sich bei Finanzfragen bisher hat leiten lassen, auch in Zukunft zur Richtschnur nehmen. Das wird sie um so mehr tun, als diese Grundzüge ja nicht schädliche Sonderwünsche der einen oder anderen Interessengruppe berücksichtigen, sondern das Wohl der Gesamtheit.“

Um mit am Regierungswagen ziehen zu können, wird die Freisinnige Volkspartei entsprechend den seit der Blockära befolgten Grundzügen die Finanzreform in ihrem wesentlichsten Teile schlucken. Man kennt ja seine Pappenhelmer!

Von diesem Standpunkt werden sich die Herren zweifellos auch nicht abbringen lassen durch einige vernünftige Äußerungen, die wirklich liberale Blätter in diesen Angelegenheiten verlauten lassen. So schreibt z. B. das „Berl. Tagebl.“: „Diese Reform ist unmöglich. Die liberalen Parteien würden sich um jeden Kredit bringen, wenn sie sich dafür einsparen ließen. Ist eine gründliche Umänderung nicht möglich, dann sollen die Freisinnigen äußerst höflich, aber kalt die Mitarbeit an dieser fiskalischen Spottgeburt ablehnen.“ Und die „Berl. Volkszeitung“ bezeichnet die Ankündigungsteuer als einen blutigen Dilettantismus und sagt dann weiter, daß eine Liebesgabe beseitigt und eine andere agrarische Liebesgabe eingeführt werden soll. Die ganze Reform sei kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt, der die Unzufriedenheit des deutschen Volkes mit den verfahrenen Zuständen im Reiche nicht vermindern, sondern erheblich steigern wird. — Auf diese vernünftigen Bemerkungen wird der Blockfreisinn nichts geben.

Der Reichstag befindet sich wieder in einer außerordentlich verantwortungsreichen Situation. Große Fragen stehen zur Entscheidung. Die sozialdemokratische Fraktion wird auf dem Posten sein!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

beriet am Donnerstag zunächst das Automobilhaftpflichtgesetz. Dank der Beliebtheit, deren sich das Automobil in hohen und allerhöchsten Kreisen erfreut, greift der Entwurf die Automobilisten nur mit Glacehandschuhen an, und trotz der vielen Klagen, die von rechts bis links über diese Milde ertönt, ist kaum zu hoffen, daß Kommission und Plenum aus den unwirksamen Glacees derbe Fausthandschuhe machen werden. Die liebevolle Schonung gegen die Automobilisten wurde am schwersten von dem Genossen Stolle, am wichtigsten vom alten Freisinnigen Träger geübt, dessen hübsch angebrachte Anspielungen auf die blamable Katastrophe wahre Lachstürme entfesselten, die zum Orkan wurden, als der amüsante alte Wigbold die Schaffung eines neuen Dokortitels, des Dr. aut. anregte. Das Gesetz wanderte an eine 21gliedrige Kommission, worauf die vier Justizgesetze an die Reihe kamen. Ihre Beratung wurde gleich der des Automobilgesetzes von einer unverständlichen, aber langweiligen Rede des Staatssekretärs Nieberding eingeleitet. Dann sprach noch der Nationalliberale Heinz manches Beachtenswerte über die wichtigste unter den vier Justiznovellen, nämlich über die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, aber auch allerhand vom Standesgeist eingegebenes zugunsten der Rechtsanwälte, die ihren Wirkungskreis durch die Novellen eingeschränkt sehen und von dieser Einschränkung begreiflicherweise nicht allzu erbaut sind. — Nachdem in einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte Genosse Singer erzwungen hatte, daß nun endlich der Termin für die Beratung der Kanzler-

interpellationen festgelegt wurde, vertagte das Haus die Weiterberatung der Justizgesetze auf Freitag.

Die Gegner der Unfallversicherung

in der Landwirtschaft sind eifrig am Werke. Im Landwirtschaftlichen Kreisverein Zabern I im Elsaß beschloß man sich mit einem Antrag, der fordert, das „Landwirtschaftliche Unfallversicherungsgezet aufzuheben oder den elsaß-lothringischen Verhältnissen anzupassen.“ Zur Besprechung dieses Antrages wurde eine Kommission gewählt, die dann folgende Vorschläge machte: Es soll mit den süddeutschen Staaten gemeinsam versucht werden, eine Gesetzesänderung in dem Sinne herbeizuführen, daß das Gesetz mehr den süddeutschen Verhältnissen angepaßt werde. Die Rentenempfänger sollen durch eine örtliche Kommission überwacht werden. Ferner will man beantragen, den Reservefonds sowie die oft lästigen Unfallberühmungsverschriften abzuschaffen. Auch den behandelnden Arzt will man bei der Rentenzusprechung nicht mehr hören und die Aufhebung der kleinen Renten bis zu 20 Proz. beantragen, denn hier werde viel Mißbrauch getrieben, da eine Arbeitsbeeinträchtigung bei solch unbedeutenden Unfällen nicht einträte. Eine einmalige geringe Entschädigung soll an die Stelle der laufenden Rente treten. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen. — Wenn diese Wünsche der jedem sozialen Verständnis baren Landwirte erfüllt werden sollten, dann würde das eine schwere Schädigung der ländlichen Arbeiter und kleinen Bauern bedeuten.

Wie Demokraten ihre Grundzüge vertreten

kann man jetzt öfter in den reichsländischen Gemeinderäten beobachten. In der letzten Sitzung des Straßburger Gemeinderats sollten 250 Mk. Wohnungsgeldzuschuß für einen katholischen Vikar bewilligt werden. Dies geschah auch gegen die Stimmen der Demokraten, die sich nur zur Bewilligung des gesetzlich festgelegten Wohnungsgeldes verstehen wollten.

Ganz anders verhalten sich die Demokraten in Colmar unter der Leitung des „Demokratenführers“ Bürgermeisters Blumenthal. Da handelte es sich in der letzten Sitzung um Bewilligung von 2 Vikargehältern von je 1440 Mk. Die Gemeinde ist gesetzlich nur bis zu 400 Mk. Gehalt verpflichtet. Die Colmarer Demokraten pfeifen aber noch ein wenig mehr auf ihre freigeistigen Grundzüge, wie die Straßburger und bewilligten mit dem Zentrum die Gehälter. „Sie sind nämlich“, wie ihr Organ, die „Elsaß-lothringische Volkspartei“ ausführt, „der Meinung, daß, solange die Trennung der Kirche vom Staat nicht durchgeführt worden ist und die Gemeinden die Vikare befordern müssen, diese Befoldung auch eine angemessene sein soll.“ — Mit solchen Demokraten der Grundlosigkeit läßt sich schon die Trennung der Kirche vom Staat durchführen.

Die nächste Gefahr.

Unter dieser Überschrift bringt das Organ der Ruhrreviergewaltigen, die „Rheinisch-Westf. Ztg.“, einen Artikel, den wir unseren Lesern wörtlich übermitteln wollen — ohne Kommentar, denn er spricht für sich selbst. Der Artikel lautet:

„Über den Wirnissen der Stunde darf man die Gefahren der nächsten Tage nicht außer acht lassen. Während die ganze Welt sich erstaunt fragt, wie war es möglich, daß so etwas in der Hauptstadt eines modernen Staates am Anfange des 20. Jahrhunderts geschehen konnte, scheint man ganz vergessen zu haben, daß in den nächsten Tagen eine Begegnung des deutschen Kaisers mit dem österreichischen Thronfolger in Eckartsau geplant ist. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, reist der Kaiser in kognito dorthin, um eine Zeitlang zu jagen. Selbstverständlich wird offiziös hinzugefügt, daß die Reise keine politische Bedeutung habe. Eben so selbstverständlich ist es, daß niemand diese Bemerkung ernst nimmt. Der österreichische Thronfolger, auf dessen Ehrgeiz und Klugheit wir wiederholt hinwiesen, wird sicherlich die Gelegenheit benutzen, nach einer erfolgreichen Jagd oder einem fröhlichen Jägerfrühstück mit unserem Kaiser über die augenblickliche Lage im Orient zu sprechen. Die Gefahr besteht also, daß wiederum der Kaiser ohne ministeriellen Schutz und Rückhalt die deutsche Reichspolitik festlegt, wie es so oft schon geschehen ist. Wer bürgt uns nun dafür, daß der Kaiser nicht einen Feldzugsplan gegen unseren ehemaligen Freund, den türkischen Sultan, für und fertig dem österreichischen Thronfolger vorlegt? Wer bürgt uns dafür, daß der Kaiser, noch ganz eingenommen von dem herrlichen Sekundantendienst, den Österreich uns angeblich in Algerien geleistet hat, die Unterstützung des Reiches für alle Fälle dem „lieben Freund und Bundesbruder“ anbietet? Es würde eine Beruhigung für die aufgeregte öffentliche Meinung Deutschlands sein, wenn möglichst bald aus Berlin verlautet, daß der Jagdausflug überhaupt ausgefallen sei oder wenigstens der Kaiser in Begleitung eines verantwortlichen Beamten reiste, der die deutsche Politik gegen eine

Schließung sichern könnte, die sie später bereuen würde. Deutschland verlangt einen Mann an des Kaisers Seite, den es später zur Verantwortung ziehen kann. — Der Inghausflug ist inzwischen erfolgt.

Der Seniorentenvent des Reichstages

Hielt gestern mittag eine Sitzung ab, um sich über die Geschäftslage und den Arbeitsplan der nächsten Zeit zu verständigen. Die Interpellationen über das Kaiserinterview kommen am Montag oder am Dienstag zur Verhandlung. Die Vertagung bis nächste Woche erfolgte auf Wunsch des Reichskanzlers. Am Donnerstag und heutigen Freitag wird über das Automobilgesetz und die Novelle zur Zivilprozessordnung verhandelt. Am Sonnabend soll die erste Lesung des Weingefetzes stattfinden. Die Reichsfinanzreformvorlagen werden am Montag den 16. November zur Beratung gestellt. Es wird über alle Steuern eine Generaldebatte stattfinden, und man nimmt an, daß diese Aussprache über das ganze, weitestgehende Gebiet mindestens eine Woche in Anspruch nimmt. Die Weihnachtserien beginnen voraussichtlich am 10. Dezember. Freie Tage sollen bis dahin nicht eingeschoben werden. Der nach Erledigung der Interpellationen verbleibende Rest der nächsten Woche wird durch kleinere Vorlagen ausgefüllt.

Kaiser, Bülow und Block.

Das Programm für das Verhalten des Blocks bei der Verhandlung über die Kaiser-Interpellationen steht fest: Die Herren sind entschlossen, kräftig auf den Kaiser loszuschlagen, und Bülow — den Blockvater — möglichst zu schonen. Der Grund für diesen revidierten Block-Monarchismus liegt auf der Hand: Bülow muß unter allen Umständen gehalten werden. Er darf nicht gehen, und sollten ihn die Blöcker auf den Knien ausleihen zu bleiben! Denn, wenn Bülow geht oder gehen muß, dann ist der Block in größter Gefahr. Ein neuer Reichskanzler hat dem Block gegenüber gar keine Verpflichtungen. Er sucht sich schließlich eine Mehrheit, die ihm gefällt, wenn es not tun würde — selbst durch eine Reichstagsauflösung. Und das ist es, was der Block fürchtet, er will nicht ausgeschaltet sein, daher seine Taktik. — Im Block ist auch die Anregung, eine Adresse an den Kaiser zu richten, abgelehnt worden, wahrscheinlich findet sich niemand, der bereit wäre, diese Kaiser-Adresse zu überbringen und sich des vielleicht wenig liebevollen Empfangs im Hohenzollernschloß auszusetzen.

Der Bureaunkratismus in der Reichspostverwaltung.

Bekannt ist, daß im Gegensatz z. B. zur englischen Post, die Reichspost den Bureaunkratismus hegt und pflegt und bestrebt ist, ihn immer mehr auszubilden. „Postreferendare“ und „Postassessoren“ sind in dieser Hinsicht die neueste Erfindung. Schon längst ist es aufgefallen, daß die Reichspost- und Telegraphenverwaltung verhältnismäßig ungünstig arbeitet, trotz der ungeheuren Vorteile, die ihr aus der freien Eisenbahnbeförderung zufließen. So betrug z. B. der Überschuf der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ohne Inrechnung der einmaligen Ausgaben im Rechnungsjahre 1905 73 600 000 Mark bei einer Bruttoeinnahme von 526 920 000 Mk. = 14 Proz. dieser Einnahme, während die Postverwaltung für Großbritannien und Irland in der gleichen Zeit bei einer Einnahme von 437 700 000 Mk. einen Überschuf von 91 700 000 Mk. = 21 Proz. dieser Einnahme lieferte. Im gleichen Verhältnis wie die Rentabilität der englischen Post hätte die Reichspost anstatt 73,6 etwa 110 Millionen Mark erbringen sollen.

Wo sind nun die fehlenden 36 Millionen geblieben? Diese Frage beantwortet in einer Zuschrift an die „Köln. Volks-Ztg.“ ein Eingeweihter: Diese 36 Millionen verschlingt jährlich der Bureaunkratismus, der wohl nirgends so stark wütet wie bei der Reichspost. Steckenpferde kosten Geld. Und das Steckenpferd Bureaunkratismus, das die Reichspost reitet, muß das deutsche Volk so teuer bezahlen. Wenn Sie's auch nicht glauben können, wahr ist's doch! Und während man sich den Kopf zerbricht, wie die neuen Steuern anzubringen sind, liegt das Geld auf der Straße: man rotte den Bureaunkratismus aus, der das Publikum zur Verzweiflung bringt, die Beamten selbst nervös macht und vorzeitig ins Grab bringt; der dem Verkehr Knüppel zwischen die Beine wirft und dem deutschen Volke obendrein einen so hohen Tribut auferlegt! Sie kennen ihn doch, geehrte Redaktion, und verwechseln ihn nicht etwa mit der unerlässlichen Feinlichkeit, die bei jeder Bureaularbeit erforderlich ist? Und wenn Sie das Grab dieser Millionen sehen wollen, so will ich Sie an die Aktienstränke führen, und Ihnen zeigen, wie eine Sache, die im gewöhnlichen Leben mit fünf Worten abgemacht wird, ganze Aktienbündel zur Erledigung „erfordert“ — und — auf das Arbeitsmaß eines einzelnen zurückgeführt — oftmals die Leistung eines oder mehrerer Tage repräsentiert. Land und aberlandend Bogen würden bereites Zeugnis darüber ablegen, wie leeres Stroh gedroschen wird. Beim Peerenitzordreich wird aber der Bauer ebenso wie der Geschäftsmann bankrott. Nun, aus anderer Leute Rohr, ist bekanntlich gut Heifen schneiden. Und das herrliche Geschenk Gottes, die Sprache, wie wird die ignoriert! Die Beamten, so wird mir mitgeteilt, künnten ebenso gut stumm sein. Will „man“ von einem Beamten etwas wissen, so wird er nicht etwa gefragt, trotzdem „man“ wohl zwanzig Mal an ihm vorbeigeht, sondern man steigt lieber zwei Treppen hoch und legt am Schreibtische den Grundstein zu einem neuen Aktienbündel. Wann kommt der Ketter? Hoffentlich bald. Er darf aber keine Glacehandschuhe tragen, sondern muß in der einen Hand eine gut gepuhte Katerne, in der anderen einen dicken Jaunmahl führen. Natürlich muß er langschäftig sein. Und wenn dieser starke Mann bei sämtlichen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden vortritt, so erschließt er dem deutschen Volke einen Quell, der ihm jährlich etwa 200 Millionen hervorpradelt! Und wenn Sie, geehrte Redaktion, das auch beim besten Willen nicht glauben können — wahr ist's doch!

Osterreich-Ungarn.

Au das deutsche Volk in Böhmen wendet sich die Landespartei der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Böhmens mit einem Manifest, das aus Ursachen, präzis Vorlegungen die Ursachen der gegen-

wärtigen Krise klarlegt. Darin wird den deutschen bürgerlichen Abgeordneten im böhmischen Landtag der Vorwurf gemacht, daß sie in erster Linie es sind, welche die gegenwärtige Lage verschuldet haben. Zur Vorberatung der Wahlreform und der nationalen Fragen hatte die Regierung die Bildung eines ständigen Ausschusses vorgeschlagen. Ohne jede Gefahr für das Schicksal der Deutschen in Böhmen hätten die Abgeordneten der deutschen Wahlbezirke ihre Vertreter in diesem ständigen Ausschuss entsenden können, denn die Beschlussfassung über die Vorschläge derselben waren ja dem Landtag vorbehalten. Statt dessen haben die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten im Landtag sofort nach seinem Zusammentritt ziel- und planlose Obstruktion betrieben und so den Landtag zu keiner Arbeit kommen lassen. Die Regierung mußte deshalb den Landtag vertagen, und erst jetzt beraten die Herren, welche Forderungen sie eigentlich stellen wollen. Was hat also die deutsche Obstruktion erreicht? Darauf antwortet das Manifest wörtlich: „Sie hat den Deutschen in Böhmen nicht den geringsten nationalen Erfolg erkämpft, aber es ist ihr gelungen, die Beratung der Wahlreformvorlage und die Einsetzung des ständigen Ausschusses zur Beratung der schwebenden nationalen Fragen zu verhindern. Darum klagen wir die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten an, daß sie, ohne die geringste nationale Errungenschaft erreicht zu haben und erreichen zu können, den deutschen Arbeitern die Gleichberechtigung im Lande verweigern und alles tun, um die unbeschränkte Herrschaft volksfremder Großgrundbesitzer und Kapitalisten über die arbeitenden Massen des deutschen Volkes zu erhalten. Nicht gegen die Regierung, nicht gegen die Tschechen wendet sich die deutsch-bürgerliche Obstruktion, sondern gegen das Recht der deutschen Arbeiter.“ Nachdem im Manifest der Vorwurf zurückgewiesen ist, daß die deutschen Arbeiter in Böhmen keine Deutschen seien, werden die Wege gewiesen, die aus der gegenwärtigen Krise hinausführen können. Am im Lande den nationalen Frieden herzustellen, fordert die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Böhmen die nationale Autonomie, das „Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nationen“. Weder die tschechisch-feudale Mehrheit des Prager Landtages, noch die volksfremde Bureaukratie sollen über die nationalen Angelegenheiten des Deutschums zu entscheiden haben. Es soll vielmehr deutschen Bezirks- und Kreisvertretungen und einer deutschen Landesvertretung vorbehalten bleiben. Die deutsche Bourgeoisie Böhmens will aber nicht ein Mitbestimmungsrecht der Gesamtheit der Deutschen, sondern sie will die Herrschaft über die Arbeiter, wie die tschechischen Feudalen die Herrschaft über die tschechischen Arbeiter erhalten möchten. Darum ihr Widerstand gegen das allgemeine Wahlrecht, dessen Einführung aber die Vorbedingung sein muß für die Autonomie der deutschen Bevölkerung. Ohne Mithilfe der deutschen Arbeiterpartei kann die deutsche Bourgeoisie in Böhmen nichts erreichen, sie muß dieser durch das allgemeine Wahlrecht einen entsprechenden Anteil an der Selbstverwaltung einräumen. — Das ist zugleich auch der einzige Weg, um in Böhmen dauernd friedliche Zustände zu schaffen. Die beiden Nationen sind nun einmal darauf angewiesen mit- und nebeneinander zu leben, und nur, wenn sie gegenseitig ihre nationalen Eigenschaften und ihre Sprache respektieren, wird es möglich sein, wieder geordnete Zustände zu schaffen. Wird das deutsche Bürgertum den Weg, der ihm hier gezeigt wird, endlich betreten? — Der Klub der tschechisch-sozialdemokratischen Abgeordneten hat ebenfalls eine Kundgebung erlassen. Auch hier werden die Deutsch-Bürgerlichen für die Urheber der Wirrnisse bezeichnet, weil sie im Landtag in der Absicht Obstruktion betrieben, um die Wahlreform zu vereiteln und die Alters- und Invalidentät-Versicherung zu verschleppen. Den deutschen Genossen wurde die vollste Anerkennung für ihr musterhaftes Verhalten ausgesprochen. Auch hier wird die Demokratisierung der gesetzgebenden und autonomen Körperschaften gefordert.

Frankreich.

Noch ein Erfolg Wilhelms II. Der Marineminister beabsichtigt, den Parlamenten eine außerordentliche Kreditforderung von 860 Millionen Frank zu unterbreiten, die auf acht Jahre verteilt werden, um die Durchführung des neuen Flottenprogramms zu sichern. Ein Teil der Summe soll für die Ausbesserung und den Ausbau der Werften verwandt werden.

Versammlung der Bürgerlichkeit.

K. Lübeck, 5. November 1908.

Der Wortführer Dr. Götz eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr. Es wird fortgefahren in der Beratung der Senatsvorlage betr. die Erbauung einer Brücke über die Trave unterhalb der Struckfahre. Güter Redner ist

Fehling, der die Erklärung abgibt, daß er heute für die Senatsvorlage stimmen werde, und deshalb den in voriger Sitzung geäußerten Antrag zurückziehe. Gleichzeitig reicht Redner einen neuen Antrag ein, der im Falle der Ablehnung der Senatsvorlage zur Annahme gelangen möge. Der Antrag lautet: Die Bürgerlichkeit wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Senat die nötigen Vorarbeiten zur Ausführung des Projekts vornehmen möge, insbesondere die nötigen Grundwerbungen.

Dahn erklärt sich für den neuen Antrag Fehling. Redner verteidigt das Recht des Vereins Junere Stadt, seinerseits ein Projekt einzubringen.

Ziehl machte als Mitglied der Bürgerausschusskommission zur Vorberatung des Gewerbesteuerentwurfs längere Ausführungen finanzieller Natur. Es wird das nächste Budget ganz erhebliche Anforderungen an die Steuerkraft der Bürger stellen. So soll die Gewerbesteuer nach der Senatsvorlage den Betrag von 400 000 Mk. einbringen. Dazu kommen die geplanten Gehaltserhöhungen der Beamten, die erhöhte Zinsenlast. Das nächste wird nun sein, eine Erhöhung der Einkommensteuer vorzunehmen. Dann haben wir in unserem Budget eine ganze Reihe unglücklicher Positionen. Das Reich beabsichtigt die Einführung einer Nachlasssteuer; was dann aus der Lübecker Erbschaftsteuer werden wird, kann man heute noch nicht wissen. Auf vielen Gebieten ist Lübeck in letzter Zeit im Rückstand geblieben, so z. B. der Bau der Fremdenkammer, der Zuschuß zum neuen Theater, die Erweiterung des Krankenhauses, die Verstaatlichung der Straßenbahn usw. Unsere gegenwärtige Schuldenlast beträgt 50 Millionen Mark, aber dennoch

können unsere Finanzen als geordnet bezeichnet werden. Es ist unsere Aufgabe, diesen Zustand auch zu erhalten. Wir können für die Zukunft derartige Millionenprojekte nicht ausführen, wenn wir nicht die Deckungsmittel zur Hand haben. Für die nächsten zwei Jahre haben wir genug damit zu tun, neue Steuerquellen ausfindig zu machen, um das Budget zum balancieren zu bringen. Redner erklärt sich für den Antrag Dimpler.

Senator Dr. Fehling wendet sich gegen den Vorredner. Er hält es für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß auf Grund der auf unsere Finanzen bezüglichen Ausführungen Dr. Ziehl's man nicht der Ansicht sein dürfe, die Finanzlage des Staates sei schlecht. Es sei doch ein Unterschied zwischen dem Bau der Schwimmhalle oder der geplanten Brücke. Der Senatsantrag könne wohl zur Annahme kommen, ohne daß die Bürgerlichkeit sich fest lege. Das Vermögen des Staates hat in den letzten 25 Jahren eine bedeutende Zunahme erfahren.

Buchwald: Mit dem neuen Antrag Fehling legt sich die Bürgerlichkeit fest. Früher hatten wir einen Kapitalfonds weg und die Schulden sind gewaltig gewachsen. Wesse Vorsicht sei hier am Platze. Deutschland sei auf dem besten Wege, der verschuldetste Staat zu werden. Das Bestreben des Reiches wollen wir nicht nachahmen. Für die nächsten 6 bis 8 Jahre ist die Brücke nicht nötig. Die freie Beschlussfassung darf nicht für später unterbunden werden.

Senator Fehling: Wir haben das schwere Geld in unsere Anlagen nicht hineingelegt, um es zu verpulvern, sondern um unsere Existenz zu retten. Man muß Rücksicht nehmen auf die Außenstehenden.

Aug. Pape ist aus rein praktischen Gründen gegen die Senatsvorlage. Mit dieser Brücke locken wir niemanden hervor. Die Brücke liegt an der äußersten Peripherie der Stadt, die Industrie, die angezogen werden soll, ist ja noch garnicht da. Der Antrag muß für heute unbedingt abgelehnt werden. Auch für den Antrag Dimpler kann Redner sich nicht aussprechen.

Dimpler erklärt, daß er in voriger Sitzung nicht als Vertreter der Handelskammer gegen den Senatsantrag gesprochen habe. Gerade im jetzigen Augenblick muß man vom kaufmännischen Standpunkte aus vorsichtig zu Werke gehen. Redner meint, er habe seinen Antrag gestellt, sondern nur den Wunsch ausgesprochen, Punkt 1 der Senatsvorlage anzunehmen.

Wachtel: Es ist gesagt worden, daß die Brücke hier neue Werte schaffen werde, sie werde werbendes Kapital darstellen. Redner ist nicht dieser Ansicht, sondern bezeichnet die Brücke als fressendes Kapital. Das Vorwerker Gelände hat mit der Fructifizierung des Kanals, die durch die Brücke erreicht werden soll, nichts zu tun. Der neue Antrag Fehling soll nur die zu schließende Pille etwas verjüchern.

Senator Stob: Die Behörden haben gewiß ohne Genehmigung der Bürgerlichkeit das Recht, derartige Schritte selbständig zu unternehmen, aber doch legt der Senat Wert darauf, durch die Annahme des Fehlingschen Antrages eine gewisse Handhabe zu haben.

Senator Raabe setzt den Zusammenhang des Vorwerker Geländes mit dem Hafen auseinander.

Dahn erinnert an den Kanalbau, der durch die Umleitung um die Ostseite bedeutende Werte erschlossen hat. Genau dasselbe wird auch bei der Brücke der Fall sein. Man wird in 10 Jahren auch nicht billiger bauen können. Man handelt großzügiger wie beim Kanalbau, wenn man schon heute den Bau bewilligt. Redner beantragt, über den Beginn des Baues einen besonderen Rat- und Bürgerklub herbeizuführen.

Lüth: Die neue Brücke wird viel öfter geöffnet werden müssen, als die jetzige Drehbrücke, da jedes Schiff, das in den Hafen will, die Brücke passieren muß. Jedes Fuhrwerk, das von der Maschinenbaugesellschaft nach dem Hafen will, muß über zwei bewegliche Brücken fahren; das ist kein Fortschritt. Man soll bei den Plänen für die Zukunft nicht die Gegenwart vergessen. Redner geht auf seinen Antrag, ein Ausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zu erlassen, nochmals ein und bittet um dessen Annahme.

Senator Raabe: In keiner Hafensicht, die zu beiden Seiten des Wassers liegt, könnte man ohne eine solche Brücke auskommen. Wir brauchen nicht zehn Jahre mit dem Bau der Brücke zu warten. Wir alle hegen den Wunsch, daß sich die Industrie recht günstig in dem zu erschließenden Gelände entwickeln werde.

Heinsohn: In dem neuen Gelände der Vorstadt St. Lorenz-Nord befinden sich viele Arbeiterwohnungen, die eine bessere Verbindung mit der Stadt erhalten würden. Es ließe sich hier ein Teil der Vorarbeiten herstellen als Notstandsarbeiten.

Oberbaudirektor Rehder hat zur besseren Information einen neuen Plan vorgelegt. Nach diesem Plan ist ein großer Teil unseres Gebietes in St. Lorenz-Nord ungebaut geblieben. Eine industrielle Entwicklung auf dem Vorwerker Gebiete ist ohne die Brücke nicht möglich. Das Vorwerker Gebiet hat Redner einmal als eine künftige Industriestadt bezeichnet. Wir werden jedenfalls eine Industrie bekommen, die sich nicht an der Hauptstraße ansiedeln kann. Auch für den Bau von Arbeiterwohnungen ist dieses Gebiet das geeignetste. Ist die Brücke erst da, dann dauert es nicht lange und die Straßenbahn geht hinüber.

Leberkühn: Soll man nicht angesichts des bedeutenden Antrages der Ansicht sein, daß man nicht überretteln handeln darf? Wir können uns und unseren Nachfolgern nicht die Hände binden.

R. Ziehl freut sich, daß prinzipielle Gegner des Brückenprojekts hier nicht aufgetreten sind. Es handelt sich nur noch um den Zeitpunkt des Baubeginns. Vom Jahre 1886 bis 1906 ist das versteuerte Einkommen von 29 Mill. Mark auf 63 Mill. Mark gewachsen. Wir haben also keine unproduktive Politik getrieben mit dem Bau des Kanals. Redner gibt eine Übersicht über die Steigerungen der Steuern, des Einkommens usw. und bittet dringend um Annahme des Senatsantrages.

Senator Dr. Fehling: Am Senatstisch ist man der Meinung, daß man sich nach Möglichkeit verständigen müsse. In Preußen wird sehr oft Brückengeld erhoben, wenn nur neue Verkehrsverbindungen geschaffen werden.

Stellinga: Freuen kann man sich, daß das Projekt hier einer eingehenden Erörterung unterzogen worden ist. Aber freuen kann man sich nicht über die Haltung des Senats, der in der vorigen Sitzung ganz entschieden seine Vorlage vertreten hat, jetzt aber dieselbe preisgibt. Wir treten für die Senatsvorlage ein, weil wir der Meinung sind, daß die Erbauung dieser Brücke einen Kulturfortschritt bedeutet. Wer die jetzigen traurigen Verhältnisse an der Struckfahre kennt, muß sich für den Brückenbau erklären. Wir sind der Meinung, daß Kulturaufgaben unter keinen Umständen leiden dürfen. Wir müssen unbedingt versuchen, die Industrie heranzuziehen, damit wir leistungsfähige Steuerzahler bekommen, wir müssen aber die kleinen Geminnisse weglassen, wie z. B. die Gewerbesteuer. Durch die Einführung der Wertzuwachssteuer, die Redner vorgeschlägt, haben wir dann eine Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs. Nach meiner Auffassung hat Oberbaudirektor Rehder ganz richtig erklärt, daß die Brücke absolut notwendig ist. Wenn z. B. an der Holstenbrücke irgend etwas passiert, dann sitzen wir fest. Auch in anderen Städten, wo die

Finanzverhältnisse noch schlechter seien, bringt man gegenwärtig Millionenprojekte zur Ausführung, trotz der herrschenden Krise. Redner erfuhr um Annahme der Senatsvorlage, mit Ausnahme des Teiles, der die Erhebung von Brückengeld vorzieht. Die Erhebung eines Brückengeldes für das Wasser der Brücke ist nie und nimmer gerecht, sie ist rückständig. Sie stellt eine Ausnahmestimmung dar für diejenigen, die darüber gehen; diese sollen zahlen, die anderen nicht! Wird die rückständige Bestimmung über das Brückengeld angenommen, so sind wir gezwungen, der Vorlage die Zustimmung zu verweigern.

Recht ist für den heutigen Antrag Fehling zu haben. Redner fragt an, ob der Senatskommissar über den Vorfall aus der Bürgerkassensitzung vom 5. Oktober Auskunft geben könne. Es handelt sich um die Stellung vorgebrachte Maßregelung eines Straßenbahnführers.

Senator Dr. Fehling erklärt sich zur Beantwortung der Frage bereit. Dite macht Ausführungen über den Stand unserer Anleihepapiere an der Börse. Die Papiere stehen durchaus auf der Höhe.

Legtmeyer: Wer zahlt denn hier in Lübeck Kommunalsteuern? Niemand! Redner schlägt vor, eine Abgabe für An- und Abmeldungen zu erheben, nach dem Muster Bremens. Die jungen Leute, die leichtfertigerweise ihr Geld ausgeben, können ganz gut 25 Pf. für das Abzugskontostück zahlen. Auch eine Kommunalabgabe müsse eingeführt werden. Der Bau der Brücke sei notwendig. Der Redner erzielte im übrigen mit seinen ganzen Ausführungen bei der Versammlung andauernde große Heiterkeit.

Dr. Wittern: Die Ausführungen des Vaudirektors Rehder sind durchaus folgerichtig, nur müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Der Redner tritt für die Senatsvorlage ein.

Fiele ist wegen der heutigen schlechten Finanzlage ganz entschieden gegen den Senatsantrag. Auch verlangt Redner, daß die Wielandbrücke recht bald ausgebaut werde.

Dr. Ziehl bemängelt den Ton, den Dr. Wittern gegen die Handelskammer angeschlagen hat. Die Kaufleute haben die Kapitalien nach Lübeck gebracht.

Dr. Wittern widerspricht der Auffassung des Vorredners. Dahms zieht zugunsten der Senatsvorlage seinen Änderungsantrag zurück.

Der Senatsantrag wird mit 88 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Fehling mit großer Mehrheit angenommen. Das Ersuchen Lüths wird abgelehnt, das Ersuchen Dimplers angenommen.

Senator Dr. Fehling beantwortet sodann die von Geheimrat Recht gestellte Anfrage. Nach Einsicht der Akten und nach Verlesung der Beschlüsse des Betriebsleiters ist eine Aufklärung nötig. Die Entlassung des betreffenden Führers (Leers) sei nicht erfolgt, weil er das Geschick geschrieben habe, sondern die Entlassung sei schon vorher beschlossen gewesen. Der Mann sei tatsächlich unzufrieden gewesen. Er sei deshalb entlassen worden, um diese Unzufriedenheit nicht auf die anderen zu übertragen. Im Zeugnis sei über das Verhalten des Mannes nichts enthalten. Eine Änderung in den Betriebsvorschriften ist nach der Übernahme der Bahn durch den Staat nicht vorgenommen worden. Redner kritisiert die Agitation, die seinerzeit der Transportarbeiterverband unter den Wagenführern unternommen hat. Infolge dieser Agitation hat die Direktion unter Herrn Wallbrecht im Jahre 1905 die Anstellungsbedingungen geändert. Der Eintritt in den Transportarbeiterverband wurde darin untersagt. Redner bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, vorzubringende Tatsachen in Zukunft vorher bekannt zu geben.

Recht gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Senatskommissar die Angelegenheit hier in ruhiger Weise vorgetragen habe.

Stelling: Das Geschick ist von den Führern selbst geschrieben worden. Zwei Führer sind in das Bureau des Betriebsleiters beschieden worden. Dort wurde ihnen vorgehalten, daß das Geschick von fremder Hand geschrieben worden sei. Auf mehrfachen Hin und Her wurde der Führer Leers als der Schreiber des Geschickes benannt. Was war die Folge? Kaum 24 Stunden später ist der Mann plötzlich unter Auszahlung des Lohnes für 8 Tage aus dem Betriebe der Straßenbahn entlassen worden. Als Grund wurde tatsächlich seine Unzufriedenheit angegeben. In der Dienstanweisung, die im Jahre 1907 bei seinem Eintritt zur Unterschrift vorgelegt wurde, steht in § 10, der die Zugehörigkeit zur irgendeiner Organisation verbietet. Das ist doch ein komisches Zusammenreffen. In einer ganzen Reihe von Städten, ganz besonders in Süddeutschland, erleiden die Behörden den Straßenbahnern nicht die Ausübung des Koalitionsrechtes. Dort hat man sich schon lange daran gewöhnt, mit der Organisation der Straßenbahnern zu unterhandeln und sie damit anzuerkennen. Redner nimmt für sich das Recht in Anspruch, für die Organisation, der er durch seine frühere Tätigkeit angehört und deren Leiter er ist, unter dem Personal der Straßenbahn Mitglieder zu werben.

Senator Dr. Fehling wendet sich noch einmal kurz gegen die Ausführungen Stelling's.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 6. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grönmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschick des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stöckelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Madel, Fackenburg Allee Nr. 51, Fab. S. Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fähhäuser Nr. 21-23, Grönmühle in der Hafenstraße, Siedbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Aber die Siedbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtumhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiter der Akkordanten H. Madel und A. Fab. im Fähhäuser und über den Bau Hafenstraße (Grönmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

sg. Die Bürgerschaft beendete gestern nach mehrstündiger Debatte die Beratung der Senatsvorlage auf Erbauung einer Hochbrücke unterhalb der Straußstraße. Die Mehrheit der Redner vertrat den Standpunkt, daß sie zwar im Prinzip der Erbauung dieser Brücke zustimmen, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse die Durchführung des Projekts aber auf bessere Zeiten verschoben wissen

wollten. Im Senat hatte sich anscheinend auch schon der Gedanke Bahn gebrochen, daß die Mehrheit der Bürgerschaft diesem Standpunkt folgen würde. Er wollte sich deshalb mit etwas Zufrieden geben und erklärte sich darum im Falle der Ablehnung der Senatsvorlage mit dem Antrag des Rechtsanwalts Fehling einverstanden, der die Arbeiten zur Durchführung des Brückenprojekts, soweit sie nicht besondere Mittel erfordern, fortgeführt wissen wollte, insbesondere, soweit die Erwerbung von Grundbesitz erforderlich sei.

Zum nicht geringen Unwillen des Senats ging Herr Dr. Ziehl auf die Finanzlage des Staates ein und entrollte hierbei — unter Benutzung des ihm als Mitglied der Kommission zur Beratung der Einführung der Gewerbesteuer zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials — ein nicht gerade erfreuliches Bild von unseren Finanzverhältnissen. Aus seinen Ausführungen konnte man entnehmen, daß die Gewerbesteuer-Kommission nicht der Meinung ist, die zum Ausgleich unserer Finanzen erforderlichen 400.000 Mk. müßten allein aus der Gewerbesteuer aufgebracht werden. Leider hat sie sich also nicht zu der einzig richtigen Auffassung aufschwingen können, daß die Gewerbesteuer überhaupt zu verwerfen sei. Interessant war weiter, daß die geplante Wertzuwachssteuer und die Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Wert je 30.000 Mk., also zusammen 60.000 Mk. bringen sollen. An die Einführung einer Vermögenssteuer scheint man also nicht zu denken. Hierdurch würden ja auch die besitzenden Kreise getroffen werden und ehe man diesen leistungsfähigen Schultern neue tragbare Lasten auferlegt, will man lieber einer Erhöhung der Einkommensteuer das Wort reden. Wenigstens plädierte Herr Dr. Ziehl hierfür. Wenn auch nicht überraschend, so doch mindestens recht unangenehm berührten die Mitteilungen des Redners bezüglich des zu erwartenden Zuschusses für das Stadttheater — den Redner als ziemlich hoch bezeichnete. — Was die Sozialdemokratie voraussetzte, ist eingetreten. Unser neues Stadttheater wird in finanzieller Beziehung ein Schmerzenskind unserer Stadt. Was Herr Dr. Ziehl über die auf Mangel an Mitteln zurückzuführenden Mißstände beim Krankenhaus, bei der Irrenanstalt usw. sagte, trifft zu; wir hätten nur gewünscht, daß er, anstatt sich in dunklen Andeutungen zu ergeben, klipp und klar gesagt hätte, was ist.

In Herrn Dr. Ziehl hatten die Gegner des Senatsantrages einen guten Weisand erhalten. Schier endlos floß nun der Redestrom weiter. Zeitweilig kam etwas Abwechslung hinein, so z. B. als Herr Legtmeyer aus Wolsing auftrat. Er spielte seine Rolle als unfreiwilliger Humorist ausgezeichnet und erntete dafür am Schluß seiner Darstellung reichen Beifall.

Unseren Standpunkt vertrat Genosse Stelling, der die finanziellen Bedenken voll anerkannte, aber dennoch für die Senatsvorlage eintrat. Er begründete diese Stellungnahme damit, daß es sich hier um ein Kulturwerk und um einen Verkehrsschritt handle, der geeignet sei, neue Steuerkräfte heranzuziehen. Mit aller Schärfe wandte sich unser Redner gegen die geplante Erhebung des Brückengeldes, von deren Annahme oder Ablehnung er das Schicksal der Vorlage — soweit unsere Stimmen in Frage kommen — abhängig machte. Gegen 9 1/2 Uhr wurde zur Abstimmung geschritten; die Senatsvorlage wurde mit 88 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Fehling fand dagegen mit großer Mehrheit Annahme, desgleichen das Ersuchen Dimplers auf Herbeiführung einer besseren Verbindung für den Fuhrwerksverkehr zwischen der nördlichen Vorstadt St. Lorenz und der Wallhalbinsel.

Den Schluß der Sitzung bildete die Verlesung einer Erklärung vom Senatsbüro bezüglich der von uns gerügten Entlassung eines Führers der Lübecker Straßenbahn wegen Unzufriedenheit. Genosse Stelling antwortete dem Senator. Wir kommen auf diese Angelegenheit morgen eingehend zurück.

Warnung vor Beschädigung einer „wilden“ Ausstellung. Nachdem die „Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie“ bereits vor längerer Zeit zur Vorsicht gemahnt hatte, warnen jetzt auch die Polizeibehörden in Altona vor der Beteiligung an einer „Norddeutschen Ausstellung für Gewerbe, Industrie, Neuheiten, Erfindungen, Kunst, Sport, sowie Nahrung- und Genußmittel“, die in einem Altonaer Wirtschaftsstabliement stattfinden soll. Das Polizeiamt macht öffentlich bekannt, daß es sich um ein Privatunternehmen des als gewerbmäßigen Veranstalter von Ausstellungen, auch in Lübeck nicht unbekanntem A. Laugel in Hamburg handelt, das ohne jede Bedeutung sei.

Arbeitertriffo. Einen bedauerlichen Unfall erlitt gestern nachmittag der auf der Lübecker Maschinenbaugesellschaft beschäftigte Dreher Schröder. Er verletzete sich bei der Arbeit die eine Hand so schwer, daß er sofort mittelst einer Droische nach dem Allgemeinen Krankenhaus befördert werden mußte.

Der erste Schnee fiel hierorts in der verfloffenen Nacht. Den Strahlen der Sonne konnte derselbe allerdings nicht lange standhalten.

Im Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Oktober ein: Einkommensteuer 26.855,13 Mk., Eisenbahnsteuer — Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 6402,75 Mk., Veräußerungsabgabe 32.187,03, Stempelabgaben 13.933,10 Mk., Schiffsabgaben 52.685,76 Mk., zusammen 132.063,77 Mk., gegen 137.194,97 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin im Oktober 1908 weniger 5131,20 Mk. Vom 1. April bis Ende Oktober gingen insgesamt ein 2.165.471,89 Mk. gegen 2.138.321,30 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mehreinnahme 1908 betrug somit 27.150,59 Mk.

pb. Einbruch. In den letzten Nächten ist zu wiederholten Malen mittels Einbruchs in einer Maschinenfabrik in der Ragerburger Allee gestohlen worden, und zwar 176 Metallbüchsen aus Messing. Jede Büchse wiegt ein Pfund.

pb. Fahrraddiebstahl. Heute morgen gegen 7 1/2 Uhr wurde im Schüsselbuden ein Fahrrad ohne Marke mit schwarzem Gelell, ebensolchen Felgen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 6407 gestohlen.

pb. Ein flüchtiger Dieb. Wegen eines früheren Wärters, der der Ehefrau eines hiesigen Händlers und Schaustellers aus der Kommode 148 Mk. gestohlen hat, wurde Anzeige erstattet. Der Beschuldigte ist flüchtig.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter wegen Meineides, auf Grund eines Haftbefehls des Groß. Amtsgerichts in Sadebusch.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, abends 8 Uhr, gelangt die Lustspiel-Revuetät „Standhafte Liebe“ von Heinrich Kruse hier erstmalig zur Aufführung. In den Hauptrollen sind die Herren Albert, Holstein, Raiback und Krohmann, sowie Frä. Holz beschäftigt. Die Inszenierung des Wertes liegt in den Händen des Herrn Albert. — Am Sonntag abend 7 Uhr erscheint Richard Wagners große Oper „Lohengrin“ in der bewährten Besetzung nochmals auf dem Spielplan.

Stadthallen-Theater. Am Sonntag gelangt das Lustspiel „Minna von Barnhelm“ oder „Das Calabattenglück“ von Lessing in der bekannten Besetzung zur Aufführung.

Achtung, Schluß! Die fällige Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Sonntag, den 7. November, abends von 5-9 Uhr in Schlußtag.

Herrnburg. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am kommenden Sonntag im Lokale des Herrn Dechow statt. Es ist Pflicht der Genossen, in derselben zu erscheinen. Die Nachlässigkeit, die sich in letzter Zeit im Versammlungsbuch gezeigt hat, muß verschwinden, denn nur durch eine rege Teilnahme am Vereinleben kann unsere Sache gefördert werden. Das sollte jeder Genosse bedenken.

Entin. Hotelbrand in Gremsmühlen. Das bekannte vielbesuchte „Hotel Gremsmühlen“ in Gremsmühlen ist gestern fast gänzlich niedergebrannt.

Oldestoe. Formerkreit in Oldestoe. Aus Oldestoe wird der „Schleswig-Holst. Volksztg.“ geschrieben: Da es den Formern der Firma S. Oldenburg, welche sich in Konturs befindet, in letzter Zeit nicht mehr möglich war, auch nur einen annähernd auskömmlichen Lohn zu erzielen und Verhandlungen mit dem Konkursverwalter resultatlos verlaufen sind, haben sich die Formere veranlaßt gesehen, die Arbeit niederzulegen. Es wird gebeten, den Zugang von Formern nach Oldestoe fernzuhalten. Der Vertrauensmann der Metallarbeiter Oldestoes.

Hamburg. Donnerstag nachmittag 4 1/2 Uhr erschien der von seiner Ehefrau getrennt lebende Arbeiter Tomjanowski in deren Wohnung, Annastraße 44. Nachdem er vergeblich Geld verlangt hatte, feuerte er auf seine Frau zwei Schüsse ab, worauf die Schwerverletzte durch das Fenster der im zweiten Stock belegenen Wohnung auf die Straße sprang, wobei sie weitere Verletzungen davontrug. Tomjanowski verlegte sodann sein vierjähriges Söhnchen durch vier Schüsse in die Brust und in den Rücken tödlich. Die inzwischen herbeigerufene Sanitätswache empfing L., als sie in die Wohnung eindrang, mit Schüssen. Schließlich brachte er sich durch zwei Schüsse in die Brust schwere Verletzungen bei. Alle drei wurden noch lebend in verschiedene Krankenhäuser eingeliefert. Der Mann und der Knabe sind bereits gestorben.

Altona. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl haben wir verhältnismäßig noch etwas günstiger abgeschnitten, als vorgestern. Wir haben zwar etwa 30 Stimmen weniger erhalten, aber die Gegner haben gegen vorgestern etwa 300 Stimmen verloren. Abgegeben wurden für unsere Genossen Thomas 1871, für Heine 1868, für die Gegner Neumann 2536 und Dr. Rehder 2594 Stimmen. Neumann und Dr. Rehder sind somit wiedergewählt. Im vorigen Jahre wurden am zweiten Tage, wie am ersten, drei Stadtverordnete gewählt. Damals erhielten unsere Kandidaten Jänker 823, Jörn 807 und Kirch 806, die gegnerischen Kandidaten Schmarje 1796, Kade 1788 und Stephan 1796 Stimmen.

Kiel. Ein Raubanfall wurde auf dem Wege von Neu-Sittenbet nach Warleberg ausgeführt. Oberkellner Karl Lehmann aus Kiel wollte sich auf seinem Rad von Kiel nach Schinkelhütten begeben, wurde aber von zwei Strolchen vom Rad gerissen, zu Boden geschlagen und arg zugerichtet. Gestohlen wurden ihm eine schwarze Stahl-Taschenuhr und etwa 25 Mk. in Silber. Er hat schwere Verletzungen davongetragen.

Stapelholm. Eine amüsante Kleinbahngeschichte wird hier erzählt: Sonntag nachmittag ist der Zug von Friedrichstadt nach Schleswig von Süderstapel aus ohne den Zugführer abgefahren. Der Höchstkommmandierende des Zuges hatte mit der Weife das Signal zum Abfahren gegeben, als das Instrument seinen Händen entfiel und im Sand verschwand. Bis er das Ding wiedergefunden, war der Zug schon eine Strecke fort, und als er dann das Haltesignal pfeifen wollte, war die Weife mit Sand verstopft. Der Zug fuhr ruhig weiter und der Zugführer ging auf Schufflers Klappen nach. Ob er früher am Ziel angekommen ist, als das „Zügler“, wird nicht gesagt. Eine nicht minder amüsante Geschichte, die unserer Gegend eine gewisse „Berühmtheit“ verschaffen dürfte, ist folgende: Eine eigenartige Bekanntmachung erließ, wie es nachträglich weiteren Kreisen bekannt wird, unterm 12. Oktober der Amtsvorsteher in Schwabstedt. Das interessante Dokument hat folgenden Wortlaut: „Im Kirchspiel Schwabstedt sollen einige Mädchen sein, die Sonntags den Mannsleuten nachlaufen in die Wirkshäuser und dann erst spät in der Nacht oder den nächsten Morgen nach Hause kommen. Wegen dieses müde Treiben soll polizeilich eingeschritten werden. Wer solche sittenlose Mädchen im Hause hat, einerlei ob eigene oder Dienstmädchen, der möge sie warnen, und wenn dies nicht hilft, sie mir namhaft machen. Der Amtsvorsteher.“ — Die Schwabstedter Stillschheit wird nun sicherlich enorm gehoben werden.

Bremen. Die Bürgerschaft stimmte einem bürgerlichen Antrage zu, Staatsarbeiten möglichst zu beschleunigen, um die vorhandene Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Sozialdemokratie begrüßte zwar den Antrag, machte aber geltend, daß die Unternehmer nur im eigenen Interesse handeln, außerdem stellten die Unternehmer für Staatsarbeiten Forderungen ein, und zwar zu niedrigeren Löhnen, als sie selbst die Staatsarbeiter erhalten. Es wurde betont, daß die Arbeiterorganisation sich nicht gegen ausländische Arbeiter sträube, wohl aber dagegen, daß viele zu niedrigeren Löhnen verwandt werden. Der sozialdemokratische Redner forderte als Ergänzung des bürgerlichen Antrages die Vereinfachung von 50.000 zur Unterstützung unverschuldet wegen Arbeitslosigkeit in Not geratenen Arbeiterfamilien; diese Unterstützung soll aber keinen Verlust politischer Rechte in sich tragen. Nach einer scharfen Debatte zwischen den bürgerlichen und Sozialdemokraten lehnte die Bürgerschaft das sozialdemokratische Amendement ab, der bürgerliche Antrag fand dann einstimmige Annahme.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschau-Viehmarkt
4. November.
Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 1411 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verkaufsschweine schwere 66-67 Mk., leichte — 66 Mk., Sauen 68-64 Mk., Ferkel 61-64 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Waul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Beschleunigter Räumungs-Ausverkauf

des Schuhwaren-Lagers

der Nachlassmasse von
Hugo Haendler, Lübeck, Breitestr. 95

Ausser den bisher angebotenen Serien:

Herren-Zugstiefel
4⁹⁰ Mk. 6⁹⁰ Mk.

Herren-Lack-Tanzschuhe
5⁹⁰ Mk.

Damen-Knopfstiefel
3³⁰ Mk. 4⁶⁵ Mk. 5⁸⁰ Mk.

jetzt folgende Spezial-Offerte:

Damen-Ballschuhe

— Spangenschuhe —

in Prima Kalblack und feineren Ledersorten

sonst bis 8.50 Mk. **3⁴⁵**

jetzt jedes Paar nur **3⁴⁵** Mk.

und Schuhwaren jeder Art bis zu den feinsten
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum zur gefl. Mitteilung, daß ich am
Sonntag, den 7. November im Hause Königstraße 48
eine Schlachtereier

eröffne, und wird es mein Bestreben sein, nur gutes reelles Fleisch zu liefern. Indem ich
bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, empfehle ich mich.

Adolph Schröder jr.

Inhaberin: F. Schröder.

| | | | |
|----------------------------|-----------|-------------------|----------|
| Ba. jg. fettes Rindfleisch | 60 Pfg. | Keule | 60 Pfg. |
| Bratenstücke | 65 | Ba. Hammelfleisch | 65 |
| Ba. Schweinefleisch | 70 | Keule | 70 |
| „ Karbonade | 80 | Gehacktes | 70 |
| „ Kalbfleisch | 45 und 50 | Beeffleisch | 1.00 Mk. |

WYAYJAD ZUDG

Es, wenn Hausfrauen heute noch die teure Meiereibutter, statt meiner vorzüglichen Margarine
pro Pfd. 60, 70, 80, 90, 100 Pfg. verwenden.

Machen Sie einen Versuch, und Sie werden steter Kunde.

Rote Lubeca-Rabattmarken.

Heinrich Arp,

10 Schlüsselbuden 10.

Morgen, Sonntag, empfehle als ausnahmsweise billig in ge-
wohnter, guter Qualität:

| | | |
|------------|----------|-------------|
| Leberwurst | das Pfd. | nur 60 Pfg. |
| Blutwurst | „ | 50 |
| Presskopf | „ | 60 |
| Krellwurst | „ | 60 |

Verkauf in meinen sämtlichen Detail-Geschäften.

Thüringer Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
August Scheere.

Heinr. Kuhlmann
eröffnet am 7. Novbr. eine Grünwarenhandlung
Engelwisch 38.

Geschäfts-Uebnahme.

Einem verehrten Publikum, sowie meinen Freunden und Bekannten hier-
durch die ergebene Anzeige, daß ich das

Restaurant mit Stehbierhalle
Untertrave 64

käuflich übernommen habe.

F. Busch, früher Fischergrube 79.

Hochfeine Tafelbutter

pro Pfd. 1.35 Mk. empfiehlt

Central-Molkerei Rostock

Verkaufsstellen: Breitestr. 11, Moislinger Allee 2.

Halte meine
Kolonial- u. Fettwaren, Brot aus der Lüb. Genossensch.-Bäckerei
Flaschenbier und Brennmaterialien bestens empfohlen.

Spezialität: ff. Salzgurken und Konserven.

August Dibbert, 20 Tünkenhagen 20.

Rote Lubecamarken.

Sie erhalten
Lubeca-Rabattmarken.



Vertrauenssache

Ist der Margarine-Handel. Wer mit seiner Bezugs-
quelle unzufrieden ist, mache einen Versuch mit
meinen feinen Qualitäten.

Kilo 1.05, 1.15, 1.25, 1.35 Mk.
Spezial-Marken 1.55, 1.75 Mk.

Jeder Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Auf KREDIT

Möbel für Mk. 98 Anz. Mk. 12
Möbel - - 195 - - 24
Möbel - - 258 - - 35

Paletots, Anzüge
für Herren, Burschen und
Kinder.
Damen-Jackets, Paletots,
Kostüm-Röcke, Teppiche,
Gardinen, Tischdecken

ohne Anzahlung
an alte Kunden.

H. Kesten

untere Johannistr. 70, 1.

In grosser Auswahl eingetroffen
Herren-Paletots von 14 bis 42 Mk
H.-Loden-Joppen m. Futter v. 3-22 Mk
Für Knaben:

Anzüge, Pyjacks und Joppen.
Sämtliche Arbeiter-Garderoben.

F. Jürgensen

Ecke Fackenburg u. Schwart. Allee
Eingang Schwartauer Allee.
Rote Rabattmarken.

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige
Fabrikation bedingen die wertvollen
Eigenschaften von Knorr's Hafer-
mehl als leichtverdaulichste, nahr-
hafte und Durchfall vorbeugende
Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr“.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 5. Novbr. 1908.

154. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Nieberding, Weseler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding: Der Entwurf, den die Regierung dem Reichstag vor zwei Jahren vorgelegt hat, hat keine freundliche Aufnahme gefunden. Den damals geäußerten Bedenken trägt deshalb der heutige Entwurf in vieler Hinsicht Rechnung, so in den Bestimmungen für eine verschärfte Strafbarkeit und über die Befähigung der Automobilfahrer. Eine Haftpflicht in unbegrenzter Höhe, wie bei den Eisenbahnen, sieht die Vorlage nicht vor, wenn es auch richtig ist, daß der Automobilverkehr eine stärkere Haftung verlangt als der Wagenverkehr. Der Gesetzentwurf soll die Bedürfnisse der Industrie in Einklang bringen mit dem Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung.

Dr. Wagner (K.): Mit der Tendenz der Vorlage sind wir einverstanden und beantragen, sie an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Wir sind überzeugt, daß dem Automobil die Zukunft gehört, und ich hoffe, daß wir noch alle eine Verbilligung von Automobil und Luftschiff erleben, die eine neue Verkehrsumwälzung herbeiführen wird. Im einzelnen bietet der Entwurf manche Bedenken, auf die in der Kommission einzugehen sein wird. Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß gerade der Automobilverkehr in hohem Grade für internationale Vereinbarungen geeignet ist. (Bravo! rechts.)

Prinz Carolath (M.): Die Automobilunfälle mehren sich in erschreckender Weise. Das plötzlich und unvermittelt auftauchende Automobil ist gefährlicher als die ihnen scharf abgegrenzten Bahnhöfe gebundene Eisenbahn. Wir können doch schließlich die Straßen den Fußgängern nicht entziehen. (Sehr richtig!) Wie freuen uns, daß die Regierung an die gezielte Regelung dieser Materie herangegangen ist. Über dieser Entwurf befriedigt uns in keiner Weise. Gewisse Einflüsse scheinen sich dem Staatssekretär entgegenzustellen zu haben. Es ist aber schon anzuerkennen, wenn ein Staatssekretär des Deutschen Reiches gewissen Schwierigkeiten nur entgegenzutreten mag. (Dr. Heiterkeit.) Daß er sie ganz überwindet, ist zu viel verlangt. (Weiter.) Redner kritisiert Einzelheiten des Entwurfs. Die Schnelligkeitsgrenze an sich bietet keinen Schutz; in Gindden ist selbst eine rasige Schnelligkeit ungefährlich, während auf belebten Straßen eine ganz geringe Schnelligkeit hoch gefährlich werden kann. Die Höchstnotierung der Schadenerschaftspflicht auf 150 000 Mk. Kapital oder 9000 Mk. Jahresrente genügt bei Massenunfällen nicht. Redner schließt mit dem Antrag auf Kommissionsberatung. (Beifall bei den Rechten.)

Träger (FVp.): Es ist nicht leicht, die Auswüchse des Automobilismus zu bekämpfen, denn das Automobil hat hohe Götter und Protektoren, mit denen ein vorsichtiger Mann anzubändeln sich scheut. (Dr. Heiterkeit.) Ich persönlich habe das Automobil ganz gern, habe es eben erst benutzt. (Dr. Pft.) Aber ich habe immer gefunden, daß die, die im Automobil sitzen, es mehr schätzen, als die, die es an sich vorüberfahren sehen. (Dr. Pft.) Die Automobilisten werden oft von einem gewissen Schnellheitsgefühl befallen, das mit dem Herrschergefühl viel Ähnlichkeit hat und wie dieses leicht in Gefahr gerät, in Größenwahn umzuschlagen. (Schallende Pft.) Polizeivorschriften über das Automobilfahren haben wir ja schon jetzt; aber wenn irgend ein Hüter der öffentlichen Sicherheit einem Automobilisten so ein amtliches Schriftstück zeigt, so geht es diesem Schriftstück bisweilen wie manchen Manuskripten: es wird nicht gelesen. (Schallende minutenlange Heiterkeit.) Redner schließt sich der Kritik des Vorredners an Einzelheiten des Gesetzentwurfs an und beklagt die schlechte Regelung der Zuständigkeitsfrage. Wo z. B. soll man Auto-

mobilitäten belangen, die in Berlin ansässig sind, aber von Nordsee oder von Berchtesgaden aus (Sturm. Pft.) mit ihren Automobilen Unheil anrichten. — Ein Befähigungsnachweis soll man nicht nur von den Chauffeuren, sondern auch von den Selbstfahrern verlangen. Um den hohen Herren entgegenzukommen, die eigenhändig die Automobile lenken, kann man vielleicht die neue Würde eines Dr. auf einführen. (Anh. Pft. im ganzen Hause.) Der Gesetzentwurf hat viele Schwächen; aber diese werden sich leichter beseitigen lassen als die Unfälle und der Unfug der Automobilisten. (Beifall links.)

Dr. Bitter (Z.): Das Gesetz leidet daran, daß es nicht auf einem klaren einheitlichen Prinzip aufgebaut ist. Vielmehr ist das Verschuldungsprinzip in ihm mit dem Gefährdungsprinzip verquirlt worden, statt daß man das Gefährdungsprinzip allein zugrunde gelegt hat. Wir wünschen die Regelung der Haftpflicht in diesem Gesetz ganz analog dem Reichshaftpflichtgesetz, daß also der Halter der Kraftfahrzeuge haftet, bis er eigenes Verschulden des Verletzten oder höhere Gewalt nachweist. Für die Chauffeure müssen ganz bestimmte Vorschriften festgelegt werden, damit ein tüchtiger Chauffeurstand herangezogen wird. Die Strafvorschriften müssen verhärtet werden, wenn das zu schnelle Fahren wirklich verhindert werden soll. Wir beantragen, das Gesetz einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Stolle (SD.): Der neue Entwurf geht von ganz anderen Grundgedanken aus, als der Entwurf über die Haftpflicht für den Betrieb von Kraftfahrzeugen, der am 1. März 1908 dem Reichstag vorgelegt wurde. Nach dem § 1 der damaligen Vorlage war die Gefährdung nur ausgeschlossen, wenn der Unfall durch höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten verursacht ist. Der jetzige Entwurf dagegen hebt die Gefährdung auf, wenn der Schaden weder durch ein Verschulden des Fahrzeughalters oder einer von ihm zur Führung des Fahrzeugs bestellten oder ermächtigten Person noch durch fehlerhafte Beschaffenheit des Fahrzeuges oder Versagen seiner Vorrichtungen verursacht worden ist. Damals begründete die Regierung ihren Entwurf damit, daß sie sagte, die Vorschriften des § 823 des B. G. B., wonach derjenige, der vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, die Gesundheit, das Eigentum eines anderen widerrechtlich verletzt, zum Schadenersatz verpflichtet ist, genügen nicht; dieser Rechtszustand werde in weiten Kreisen als unbefriedigend empfunden. Es sei notwendig, daß zum Schutze des Publikums neben dem Erfolge geeigneter polizeilicher Vorschriften eine strenge Vorschrift von einem Verschulden unabhängige Haftpflicht für durch den Automobilbetrieb entliehenden Schaden eingeführt werde. Selbst der deutsche Juristentag habe eine Verschärfung der Haftpflicht für notwendig erachtet. Es hieß in der früheren Begründung, es entspreche nur der Billigkeit, daß der Unternehmer eines mit gemeiner Gefahr verbundenen Betriebes für den aus dem Betriebe entliehenden Schaden ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden verantwortlich gemacht werde. Eine Hemmung der Entwicklung der Automobilindustrie sei durch die Verschärfung der Haftpflicht nicht zu befürchten. Schon jetzt könne es als Regel bezeichnet werden, daß die Besitzer von Automobilen sich gegen Haftpflicht versichern. Davon werde auch in Zukunft Gebrauch gemacht werden. Der jetzige Entwurf hat diesen verständigen Standpunkt vollständig verlassen. Wie die Regierungen zu dieser Wandlung ihrer Anschauungen gekommen ist, entzieht sich meiner Beurteilung. Nach einer Statistik ist die Zahl der durch Automobile vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907 Verletzten oder getöteten Personen außerordentlich hoch. Sie beträgt 2564. Der sachliche Schaden wird auf 880 751 Mk. geschätzt. Verletzt wurden 2419, getötet 145 Personen. Nach einer Broschüre des Ingenieurs Kuhn: Die Opfer des Automobils, bearbeitet nach dem Material des Kaiserlichen Statistischen Amtes und des Polizeipräsidiums Berlin sind die Opfer des Automobils meist mitten aus ihrer beruflichen Tätigkeit herausgerissene arbeitssame Menschen, die weder durch Leichtsinns, Gebrechlichkeit oder Trunkenheit unter die mörderische Maschine gerieten. Alle polizeilichen Vorschriften, die erlassen worden sind, um die Gefahr zu verringern, haben sich als nutzlos erwiesen, insbesondere die Vorschrift, daß

das Automobil eine leicht erkennbare Nummer tragen muß. In 99 von 100 Fällen wird im Augenblick des Unfalls niemand auf die Nummer des schnell dahinfliegenden Automobils achten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dem Antrag, das Gesetz an eine Kommission zu verweisen, werden wir zustimmen. Unter allen Umständen aber müssen wir verlangen, daß eine staatliche Zwangsversicherung der Automobilbesitzer eingeführt wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Geschädigte sich auch wirklich an jemand halten kann, der ihm nicht entwischt. Das ist nur möglich bei einer Zwangsgenossenschaft der Automobilbesitzer. Vor drei Jahren stand auch die Regierung auf dem Standpunkt, daß für die Automobilbesitzer eine Versicherungsprämie keine besondere Rolle spielen könne. Ganz unannehmbar ist für uns der § 6. Danach soll die Haftung im Falle der Tötung eines Menschen bis zu 50 000 Mk. gehen, werden aber mehrere Menschen getötet, so ist die Grenze auf 150 000 Mk. festgelegt. Hier ist also das Leben des einzelnen, wenn z. B. 6 verunglückt, nur mit 25 000 Mk. bewertet. Dieser Barograph muß in der Kommission vollständig umgearbeitet werden. Wir hoffen, daß in der Kommission ein Gesetz zustande kommt, das nicht auf dem Verschuldungs-, sondern auf dem Gefährdungsprinzip aufgebaut ist. Ein solches Gesetz wäre ein Segen für ganz Deutschland, denn unter der jetzigen Skandalität leidet nicht allein der Bürgerstand und die Landwirtschaft, sondern auch der ganze große Arbeiterstand. (Beifall b. d. Soz.)

von Damm (Mq.): Der Umfang der Haftpflicht ist in dem Entwurf im allgemeinen zureichend festgelegt. Bei der Eisenbahn und auch bei reichen Straßenbahngesellschaften ist eine unbegrenzte Haftung möglich, bei Privatpersonen dagegen nicht; das haben ja gerade die Verhandlungen über die Haftpflicht des Tierhalters gezeigt, und was diesem recht ist, muß dem Automobilbesitzer billig sein. Allerdings halten wir die in § 6 vorgeschlagene Begrenzung der Haftpflicht nur für einen Notbehelf und wünschen statt dessen möglichst bald die Einrichtung einer allgemeinen Zwangsversicherung. Im allgemeinen aber bietet der Entwurf eine gute Grundlage für ein brauchbares Gesetz. (Bravo! b. d. Wirtschaftl. Vereinig.)

von Derksen (Kv.): Wenn im Automobilverkehr erst die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen geschaffen sind, wird das Automobil bald ebenso populär werden, wie jetzt das Fahrrad. Unbedingt notwendig ist aber die prinzipielle Anerkennung, daß ein durch ein Automobil Verletzter, falls ihm selbst kein Verschulden trifft, vollen Schadenersatz zu verlangen berechtigt ist. In dieser Richtung sind die Bestimmungen des Gesetzes ganz ungenügend, die vorgeschlagene Begrenzung der Haftpflicht ist nicht annehmbar, das Richtige wäre eine allgemeine Zwangsversicherung, doch möchte ich an dieser Forderung das Gesetz nicht scheitern lassen. (Bravo! rechts.)

Werner (Ant.): Das Automobil ist das Fahrzeug der Zukunft; das bedeutet aber nicht, daß man die Fußgänger den Automobilisten schutzlos preisgibt. Einflußreiche Kreise haben bewirkt, daß das vorliegende Gesetz recht günstig für die Automobilisten ausfällt. Leider fehlt in ihm eine Zwangsversicherung der Automobilisten. Eine solche wird auf die Dauer kaum zu vermeiden sein.

Hiermit schließt die Diskussion und der Entwurf wird an eine 21-köpfige Kommission verwiesen. Es beginnt die erste Lesung der Justizgesetze (Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Zivilprozessordnung, zum Gerichtsfechtengesetz und zur Gebührenordnung für Rechtsanwälte.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Nieberding begründet in einer längeren, zum größten Teile unverständlich bleibenden Rede die Vorlage. Er verweist besonders ausführlich bei der Erhöhung der Summe für die in Zivilsachen die Amtsgerichte zuständig sind, von 300 auf 800 Mk., indem er dabei die Normierungen der erstinstanzlichen Wertsumme in den verschiedenen Kulturländern, sowie die Stellung der deutschen parlamentarischen Juristen, von Peter Reichensperger bis Wassermann, zu dieser Frage sehr eingehend erörtert. — Die vorgeschlagene Reform liegt gerade im Interesse des Mittelstandes. Eine völlige Neugestaltung der Zivilprozessordnung empfahl sich nicht. Es handelt sich

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(8. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Siebentes Kapitel.

In tiefes Nachdenken verloren, ging Meta langsam durch die Straßen, die fernem Möglichkeiten erwägend, die ihr durch die Worte des Apostels gezeigt worden waren. Und sich selbst mehr überlassen zu sein, wählte sie nicht die Pferdebahn zur Heimkehr, sondern machte den Weg durch möglichst einsame Straßen zu Fuß. Daß der Himmel sich mehr und mehr umwölkte hatte, und daß ein Wetterleuchten zuweilen den verdunkelten Horizont umglühte, beachtete sie nicht in ihrer tiefen Versunkenheit.

Als sie jedoch die Hälfte der Louisestraße etwa zurückgelegt hatte, wurde sie aus ihrem Sinnen gewaltsam emporgeschreckt. Ein dumpfes Donnergerölle schlug an ihr Ohr, und zugleich erhob sich der Sturmwind, der mit furchtbarer Geschwindigkeit die finsternen Wolkenmassen über das ganze Himmelsgewölbe verteilte. Noch ein paar Minuten konnte Meta ihren Weg fortsetzen, dann brach unter Krachen, Blitzen und Regenguß das Gewitter los mit einer Ferkigkeit, daß sie in der tiefen, geschäftigen Nische eines Lormwegs Schutz suchen mußte.

Sie hatte noch nicht lange dort gestanden, als eine zweite weibliche Gestalt sich hastigen Schrittes demselben Platze näherte, den sie gleich ihr als Obdach erwählt hatte. Mit freudiger Überraschung erkannte Meta in der Neuangetommenen Elisabeth Seydel und begrüßte sie mit einer Herzlichkeit, in der zugleich auch Demut und Verehrung sich ausdrückten.

Elisabeth gab ihr den Gruß freundlich zurück und sagte: „Sie werden überrascht sein, mich um diese Stunde noch allein auf der Straße zu sehen. Aber ein Tag liegt hinter mir, so voller Freude und Aufregung und Leid, daß ich mit nur allein sein mußte, um mich zu sammeln und meinem Vater mit der Ruhe entgegenzutreten, die er liebt. Denken Sie nur, ich war heute nachmittag bei ihm — bei Richard, ich habe ihn gesehen und gesprochen!“

„Sie haben ihn gesehen!“ Ein Seufzer begleitete die Worte, aus denen eine tiefe, ungestillte Sehnsucht hervorklang. „Ich habe meinen Vater solange gebeten, bis er mir vom

Untersuchungsrichter die Erlaubnis zu einem Besuche bei meinem Verlobten erwirkt hat. Die Juristen verfolgten auch noch ihre eigenen Zwecke dabei, indem sie mir den Zutritt zu ihm gestatteten. Sie wissen ja, daß Richard in der Voruntersuchung hartnäckig jede Auskunft über sein früheres Leben verweigert hat; ich hegte aber die feste Zuversicht, daß er mir gegenüber offen sein würde, wenn ich ihn darum bäte. Das wußte mein Vater, und so glaubte er, zugleich dem Gerichte zu dienen, indem er mir diese Unterredung ermöglichte. Statt des Gefängniswärters war ein höherer Gerichtsbeamter anwesend, und dem Brauch entgegen durfte ich mit Richard über Dinge sprechen, die sonst nicht hätten berührt werden dürfen, über seine Vergangenheit, über —“

„War es nicht ein gewagtes Spiel, das Sie da gespielt haben?“ unterbrach sie Meta rasch. „Haben Sie ihm nicht mehr geschadet, als genützt?“

„Mein Gefühl, mein felsenfestes Vertrauen sagt mir, daß er unschuldig ist; was kann es also schaden, wenn die ganze, volle Wahrheit über sein Leben ans Licht kommt? Ach, und wenn wirklich ein leiser Zweifel an ihm in meiner Brust geschlummert hätte, durch seinen Anblick wäre er ausgelöscht worden. Ich habe ihn gesehen — gesehen! Sie können nicht ahnen, was mir das bedeutet?“

Meta gab keine Antwort; in dem Dämmerlicht der tiefen Nische drückte sie die Hand fest, gewaltsam auf ihr Herz, als müsse sein Klopfen sie sonst verraten. Der Regen sprühte zu ihnen herein, der Donner wütete, und die Blitze blendeten ihre Augen, aber in dem einen, großen Gefühl, das sie verwandt machte, spürten die beiden Mädchen nichts von dem Loben in der Natur.

Ohne Metas Bewegung zu beachten, fuhr Elisabeth fort: „Ich selbst hatte geglaubt, daß es mir in Gegenwart des fremden, streng blickenden Mannes nicht möglich sein würde, Richard unbefangenen gegenüberzutreten, ihm alles zu sagen, was ich auf dem Herzen hatte. Als er dann aber hereinkam, als ich ihn sah, da ließ sein blaßes, kummervolles Gesicht mich alles vergessen. O, wie muß er leiden! Immer steht er mir vor Augen in der engen, kahlen Zelle — o, Meta, es würde mir das Herz brechen, wenn wir ihn nicht befreien könnten!“

„Ginen Augenblick ließ Meta ihre Zeit, sich zu sammeln,

dann fragte sie leise: „Und Sie haben erfahren, was Sie zu wissen wünschen?“

„Er hat mir alles gesagt, es ist jetzt kein Geheimnis mehr zwischen uns.“

„Darf ich — nicht wahr, ich darf wohl nicht erfahren, was er gesagt hat?“

Mit der ruhigen Offenheit und Festigkeit, die ihr sowohl anstand, gab Elisabeth ohne Zögern die Antwort: „Sie dürfen alles wissen, wir sind ja Verbündete zu seinem Wohl. Das Gericht, das ihm feindlich ist, wird jetzt alles erfahren — warum sollten Sie es nicht wissen, die Sie ihm helfen möchten?“

Eine kleine Pause der Überlegung gönnte sie sich noch, dann begann sie zu erzählen:

„Richard stammt aus Leipzig, wo sein Vater ein angesehener Großkaufmann war, der auch ihn zum Kaufmannstande bestimmt hatte. Für die künstlerischen Neigungen, die sich früh in seinem Sohne regten, hatte er kein Verständnis. So ließ er ihn bei einem befreundeten Kaufmann, der Normann hieß, in die Lehre treten; dieser lebte gleichfalls in Leipzig. Und um es Ihnen gleich mit kurzen Worten zu sagen: die Tochter des Kaufmannes ist die ermordete Schauspielerin, die Maria Normann hieß und sich später Marietta Goladita nannte.“

„So hat er sie also doch gekannt, schon lange gekannt?“ Es schien Meta große Mühe zu machen, die Frage hervorzubringen; ihre Stimme klang unendlich und rau.

„Gekannt hat er sie allerdings, aber er hat niemals ein Interesse für sie gefühlt. Das hat er mir heute feierlich versichert. Mit ihr ist es anders gewesen; sie hat ihm damals, obwohl sie erst 15 Jahre alt war, eine leidenschaftliche Liebe entgegengebracht. Auch ihr Vater hat vielleicht eine Verbindung zwischen Richard und ihr gewünscht; denn als er sah, daß die Liebe des Mädchens unerwidert blieb, behandelte er Richard unfreundlicher und härter, als früher schon. Das hat viel dazu beigetragen, ihm den ungeliebten Beruf zu einem verhassten zu machen, und er hat seinen Vater noch ein paar mal förmlich, ihn Vater werden zu lassen. Aber alles Bitten war vergeblich, und so drohte ihm Richard in überströmender Leidenschaft eines Tages, daß er selbst Mittel und Wege finden würde, um auch ohne des Vaters Hilfe seinen Herzenswunsch zu erfüllen.“

(Fortsetzung folgt.)

wesentlich um praktische Fragen, über die man sich einigen kann, wenn man dem Entwurf nicht mit prinzipiellem Widertrauen gegenübertritt. (Beifall rechts.)

Dr. Heinze (M.): Im Mittelpunkt der vier Novellen steht die Amtsgerichtsreform; sie will eine Verbilligung und eine Beschleunigung der Prozesse erreichen, was nur zu billigen ist, doch geht sie keineswegs radikal vor. Daß die Amtsgerichte in Zukunft über Sachen bis zu 800 Mark, statt wie jetzt bis zu 300 Mk. urteilen sollen, ist nur zu billigen, aber überhaupt ist auf dem Gebiete des Zivilprozesses die Novellengesetzgebung zu verwerfen, bei welcher sich die Richter nicht genügend einleben können. Das ist auch der Grund, weshalb eine Reihe von Vorschriften, die durchaus zu billigen sind und die ohne weiteres auf das Landgerichtsurfahren übernommen werden könnten, auf dieses Verfahren nicht ausgedehnt sind. In der Hauptsache will die Novelle den Zivilprozess mehr zusammenfassen und konzentrieren. Doch spizen sich die Vorschläge mehr auf die Verhältnisse der kleinen Amtsgerichte zu, während sie die der großen nicht genügend berücksichtigen. Den durchaus lobenswerten Zweck, den Ruf nach Sondergerichten zu beschränken, wird diese Konzentration des Amtsgerichtsverfahrens nicht erreichen. Denn dieser Ruf entspricht bestimmten Strömungen, gegen welche die ordentlichen Gerichte kaum werden ankämpfen können. Die Sondergerichte sind eben Schiedsgerichte, in denen nicht nach strenger Logik entschieden wird. Den Urteilen der ordentlichen Gerichte macht man ja öfter den Vorwurf: Das mag ja logisch sein, aber es trifft nicht die Verhältnisse. Unzweifelhaft hat die Novelle auch im Anwaltsstande eine starke Beunruhigung hervorgerufen. In der Tat wird sie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Anwaltsstandes nicht unwesentlich einwirken, denn zweifellos werden die Anwälte in Zukunft weniger in Anspruch genommen werden, wie jetzt. Gewiß muß der einzelne Stand der Allgemeinheit gegenüber zurücktreten, aber man muß sich doch immer gegenwärtig halten, daß ein blühender Anwaltsstand von größter Bedeutung ist. Alles in allem billigen wir also die Tendenz der Entwürfe, soweit sie auf eine Verbilligung und Beschleunigung des Zivilprozesses gerichtet ist, sowie auch das Bestreben, Sondergerichten entgegenzuarbeiten. Wir haben aber Bedenken, ob die einzelnen Bestimmungen diesen Zweck erfüllen werden. Deshalb beantragen wir eine Kommission von 28 Mitgliedern und hoffen, daß wir in dieser Kommission auch die Strafprozessordnung werden behandeln können.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Freitag 1 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Singer (SD.): Ich bitte, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung die eingegangenen Interpellationen zu setzen. Ich beziehe mich dabei auf den § 92 der Geschäftsordnung, in dem bestimmt ist, daß Interpellationen von dem Präsidenten des Reichstages dem Reichskanzler abschriftlich mitzuteilen sind, und daß der Präsident den Reichskanzler in der nächsten Sitzung des Reichstages zur Erklärung darüber aufzufordern hat, ob und wann er die Interpellation beantwortet.

Vizepräsident Dr. Baasche: Der Herr Präsident hat mich beauftragt, dem Hause zu erklären, daß der Herr Reichskanzler bereit ist, die Interpellationen am Montag, spätestens Dienstag nächster Woche zu beantworten. Da es aus diesem Grunde zwecklos wäre, die Interpellationen morgen auf die Tagesordnung zu setzen, hat der Präsident von diesem Vorschlag Abstand genommen.

Singer (SD.): Nachdem nunmehr festgestellt, daß seitens des Herrn Reichskanzlers von dem ihm zutretenden Recht, den Tag zu bestimmen, wam die Interpellationen beantwortet werden sollen, Gebrauch gemacht worden ist, habe ich keinen Anlaß, meinen Antrag für morgen aufrecht zu erhalten.

Es bleibt somit beim Vorschlag des Präsidenten. Schluß 6 Uhr.

Soziales und Parteileben.

„Arbeitermangel“ im schlesischen Hüttenbetrieb. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 3. November berichtet über die Hauptversammlung der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Geheimrat Hilger erstattete den Jahresbericht, in welchem es am Schluß heißt: „Was die Arbeiterverhältnisse betrifft, so kann die „Laurahütte“ auf ihren Gruben allein noch 1500 Leute brauchen, sie aber nicht finden. Um so ersichtlicher sei es, daß man in verschiedenen Städten Notstandsarbeiten einrichten sollte.“ Der Geheimrat Hilger wird sehr gut wissen, woher der angebliche Arbeitermangel rührt. Weis er es aber nicht, so kann er sich leicht danach erkundigen und er wird erfahren, daß die miserablen Arbeits- und Lohnverhältnisse auf den schlesischen Werken viele Tausende schlesischer Arbeiter, die doch gewiß an ein anspruchsloses Leben gewöhnt waren, zur Abwanderung gezwungen haben. Daß Herr Hilger trotz der herrschenden Krise und Arbeitslosigkeit keine Leute finden kann, beweist, daß die schlesischen Arbeiter sehr triftige Gründe haben müssen, wenn sie die „Laurahütte“ meiden.

Der Verband Deutscher Post- und Telegraphenarbeiter tagte am vergangenen Sonntagabend in Frankfurt am Main. Ansehend einer Einladung folgend haben die Reichstagsabgeordneten Leiser, Dr. Böhm und Schirmer der Tagung beigewohnt, desgleichen Feher-Würzburg als Vertreter des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals und Stegerwald-Köln als Vertreter des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften. Hiesiger-Vorname sprach über die Lohnverhältnisse. Er verlangte Fortfall der Sonntagsgelder und statt dessen Erhöhung des Lohnes, eine Zulage für Arbeiten außerhalb der Zwei-Kilometergrenze, ärztliche Untersuchung der Arbeiter bei der Einstellung und nicht, wenn sie nach zehnjähriger Dienstzeit in den Post- oder Telegraphendienst übernommen werden, ferner eine Regelung der Arbeitsverhältnisse der Nachbeder, die völlig ungeordnete seien, die Anrechnung des Weges von und zur Arbeitsstätte als Arbeitszeit, Zurückhaltung des Jahrgeldes bei Arbeiten außerhalb der Zwei-Kilometergrenze und dauernde Beschäftigung, auch im Winter. Der Vorsitzende Keller-Gries sprach über Arbeiterausweise. Er verlangte deren geringe Befugnisse und verlangte, daß sie das Recht haben sollen, auch über Lohnverhältnisse zu verhandeln. Manche Bezüge gefährdeten überhaupt keine Ausweise, andere lösten sich aus wichtigen Gründen auf. Es wurde ein Antrag angenommen, daß alle Arbeiter, auch die unter 21 Jahren, zu den Ausschüssen wahlberechtigt sein sollten, und daß die Klausel, daß ein Arbeiter, um wahlberechtigt zu sein, ein Jahr im Besitz des Ausweises beschäftigt sein muß, wegfalle. Über Anrechnung der Dienstjahre zum Befoldungsdiensalter sprach Keller-Gries. Er stellt fest, daß die Postboten besser gestellt seien als die Telegraphenarbeiter. Ein Telegraphenarbeiter werde erst nach neun Dienstjahren fest angestellt und erhalte 900 Mk., ein Postbote 1000 Mk.; nach 30 Dienstjahren erhalte ein Telegraphenarbeiter 1600 Mk., eine Summe, die von den Postboten schon in 27 Jahren er-

reicht werde. Es wurde mindestens Gleichstellung mit den Postboten verlangt. In der Diskussion, an der sich Vertreter aus allen Bezirken beteiligten, wurden viele Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Es wurde eine Erhöhung des Besatzlohnes, der in vielen Fällen nur 3 Mk. betrage, gewünscht, erhöhte Zulagen bei auswärtiger Arbeit, verminderte Arbeitszeit und vor allem mehr Freiheit für die Arbeiterausschlüsse.

Aus dem Gerichtssaal.

Brechhinder. Der Redakteur der anarchistischen Zeitung „Revolutionär“ in Berlin, Richard Fischer, wurde wegen Beleidigung der Offiziere, Unteroffiziere und Kapitulanten zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Der bestrafte Streikbrechervermittler. Der Dirsch-Dunckerische Bezirksleiter Strohsfeldt in Breslau hat im Frühjahr dieses Jahres arbeitslose Gewerkearbeiter als Arbeitswillige an die Maschinenfabrik von Gubisch in Liegnitz vermittelt. Durch die allseitig an ihm geübte Kritik fühlte er sich dann so schwer verletzt, daß er gegen seine Widersacher eine Reihe von Beleidigungsklagen anstregte. Gleichzeitig erhob er in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“, einem mächtigen Schimpfblatt gegen seine „Verleumder“. Nachdem er wegen seiner Schimpfereien bereits von verschiedenen Seiten zur Rechenschaft gezogen und regelmäßig dann auch bestraft worden ist, hatte er sich am Dienstag ebenfalls nieder vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. In einem Artikel, der die Überschrift trug: „Des Metallarbeiterverbandes und der „Breslauer Volksmacht“ Kampfesweise“ erhob er allerlei Verleumdungen und Verdächtigungen gegen den Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes Genossen Schlegel, den Redakteur der „Volksmacht“, Genossen Albert und einen früheren Gewerkevereinler Kapelle, der aus Anlaß des verübten Streikbruchs und der Streikbrechervermittlung zum Verande übergetreten war. Dafür wurde er jetzt zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt und der Vorliegende führte aus, das Gericht habe erwogen, ob nicht eine längere Gefängnisstrafe am Platze sei. Nur der Umstand, daß der Angeklagte in der Erregung über die ihm gemachten Vorwürfe gehandelt habe, lasse diesmal noch eine Geldstrafe am Platze erscheinen. Der verantwortliche Redakteur der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ wurde gleichzeitig zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er die Strohsfeldtschen Verleumdungen in seinem Blatte aufgenommen hatte.

Ein ungemütlicher Liebhaber. Der Arbeiter K. aus Berlin arbeitete im vergangenen Sommer in Juggerade nahe Lengen bei der Gaitwirthin, einer Witwe. Es gefiel ihm dort, und er hatte Lust, Wirt zu werden. Zuerst wollte er die Mutter, dann die Tochter heiraten; beide hatten aber keine Lust dazu. Was er in Güte nicht erreichen konnte, versuchte er nunmehr mit Gewalt. Um den lästigen Menschen los zu werden, gab ihm die Frau 200 Mk. Nach einigen Tagen kam er mit der Forderung von 3000 Mk., mißhandelte Mutter und Tochter und drohte mit dem Revolver. Schließlich rief die geängstigte Frau die Polizei zu Hilfe und der Unhold wurde verhaftet. Wegen Erpressung, Nötigung in drei Fällen und Körperverletzung in zwei Fällen wurde K. in nicht öffentlicher Sitzung der Neu-Muppiner Strafkammer zu 2 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf 3 Jahre verurteilt.

Weil er nicht freien durfte wurde der 26jährige Wilhelm Köhler aus Lössow zum Brandstifter. K. schwärmte für die Tochter des Eigentümers Wappler in Gerlachetal und wollte sie heiraten. Sein Antrag wurde abgelehnt und er beschloß, sich zu rächen. Er steckte in seiner Wut die Scheune und das Wohnhaus des Wappler in Brand und zündete auch die Scheune des Eigentümers Ufert in Lössow an. Wegen beider Vergehen mußte er sich vor dem Schwurgericht in Landsberg a. W. verantworten. Er wurde nach der Schuldspruch der Geschworenen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein militärisches Schreckensurteil wurde vor dem Kriegsgericht Landau gefällt. Während der diesjährigen Manöver war das Bayerische 3. Chevaulegerregiment aus Dienze in Quirnheim, einem Dorfe bei Grünstadt (Pfalz) einquartiert. Der Chevauleger Georg Becker hatte an einem Abende dem Alkohol stark zugeprochen. Als der Zapfenstreich gelassen war, erschien die Wirtshauspatrouille in der Wirtschaft, wo Becker saß. Er wurde von dem Unteroffizier zum Nachhausegehen aufgefordert, kam aber erit dem Befehl nach, nachdem ein hinzugekommener Wächtermeister den gleichen Befehl erteilt hatte. Auf der Straße radaulterte er in seiner Trunkenheit weiter und applizierte dem Unteroffizier eine Ohrfeige, worauf dieser andere Soldaten um Unterstützung anrief. Becker nahm jetzt Reißaus und stieß hierbei noch einen anderen Unteroffizier vor die Brust. Zu seiner Entschuldigung gab Becker in der Verhandlung an, daß er ziemlich betrunken und sehr aufgeregert gewesen sei. Das Kriegsgericht ließ jedoch diese Gründe nicht gelten und verurteilte Becker zu der unerhörten Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Genossenschaftsbewegung.

Die preussische Gesellschaftsteuer und die Konsumvereine. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wird der Widerspruch beleuchtet, der darin steckt, daß man im Entwurfe zur preussischen Gesellschaftsteuer die Konsumgenossenschaften den kapitalistischen Betrieben gleichsetzt. Es heißt da:

„Was aber für die wirklichen kapitalistischen Assoziationen“ angebracht sein mag, wird Uninn und kraßes Unrecht, wenn es in mechanisch gleicher Weise auf Gesellschaften Anwendung findet, die keine kapitalistische, sondern genossenschaftliche Assoziationen sind, die nicht Gewinne an einem, sondern Ersparnisse für die Mitglieder als Konsumanten erzielen, und deren wirtschaftliche Erfolge ganz überwiegend von der persönlichen Anteilnahme der einzelnen und nicht vom Kapital abhängen. Bei den Konsumvereinen spielt ja naturgemäß das Kapital eine geringfügige und durchaus untergeordnete Rolle gegenüber der aktiven Beteiligung der Mitglieder, nämlich ihrem Warenbezug. Je größer dieser, um so besser die Rentabilität des Betriebes und um so höher infolgedessen auch die Ersparnis der Mitglieder beim Warenbezug. Aber weiter: die Gesamterübrigung der vereinigten Konsumanten infolge gemeinsamer Warenbezuges wird unter die einzelnen nicht nach Maßgabe des Kapitals oder Geschäftsanteils verteilt, mit dem sie an der Genossenschaft beteiligt sind, sondern nach dem Verhältnis der Frauanspruchnahme ihres gemeinschaftlichen Betriebes. Sie erhalten deshalb, von einer ganz unbedeutenden landesüblichen Verzinsung des kleinen Geschäftsanteils vielfach abgesehen, keine Kapitaldividende, sondern eine Preisrückvergütung von mindestens 10 Prozent nach Jahresabschluss. Würde diese als Gewinn aus Geschäftsanteilen betrachtet, so würde sie sich in die Hundert von Prozenten dieses Kapitals belaufen. Zum Beispiel würde ein Konsumant, der bei

30 Mark Geschäftsguthaben und bei 800 Mk. Warenentnahme 10 Prozent, also 80 Mk. Preisersparnis zurückvergütet bekommt, genau 100 Proz. Kapitalgewinn gemacht haben! Wie töricht eine solche Annahme aber wäre, macht die Tatsache ohne weiteres ersichtlich, daß die Konsumvereine ihren angeblichen „Gewinn“ eben nicht nach dem Verhältnis der eingezahlten Geschäftsanteile verteilen. Macht die Gesamtsumme der Rückvergütungen 100 Proz. aller Geschäftsguthaben aus, so kann, im obigen Beispiel verblieben, der Konsumant, der zwei Anteile mit insgesamt 60 Mark eingezahlt hat, nicht 60 Mk. „Kapitalgewinn“ verlangen, sondern nur 10 Mk. Preisrückvergütung, wenn er für nur 100 Mark Ware entnommen hat.

Aber es scheint, als wolle man in Preußen der konsumvereinsfeindlichen Steuererhebung nunmehr die Krone aufsetzen durch eine gewaltsam durchgeführte Konsumgenossenschaftlichen Wesens. Obwohl die Wissenschaft und fast durchweg auch die Rechtprechung eine Gewinnerzielung in Konsumvereinen überhaupt verneinen, obwohl es zu den Fundamentalfällen der Rechtslehre gehört, daß die Genossenschaften keine Kapital-, sondern Personengesellschaften mit ganz überwiegendem persönlichem Moment sind, sollen die Konsumvereine nicht nur als Erwerbsgesellschaften, sondern sogar als großkapitalistische Monopole besonders kräftig besteuert werden. Es handelt sich hier einfach um ein nacktes, kraßes Unsnachmesteuergesetz für die Genossenschaften der ärmeren Volksklassen. Sie alle werden sofort in die höchste Steuerstufe einrangiert werden und auch immer darin bleiben. Die Genossenschaften der wohlhabenden Kreise bleiben aber von der Steuer verschont. Den landwirtschaftlichen und Kleingewerblichen Genossenschaften zählt der preussische Staat sogar Millionen an Unterstützungen. So steht preussische Gerechtigkeit aus!

Aus Nah und Fern.

Der Mollke-Garden-Prozess. Der auf den 28. November festgesetzte Verhandlungstermin im Prozess Mollke gegen Garden ist wieder aufgehoben und auf einen noch nicht feststehenden, späteren Zeitpunkt verlegt worden.

Berschütet. Auf den Richtersächten der Laura hätte sich in der Nacht auf der 206 Meter-Sohle durch unermutet hereinbrechende Gesteinmassen drei Mann erschüttert worden, von denen einer noch lebend, die anderen beiden nur als Leichen geborgen werden konnten.

Gerüstesturz. In Rothenthal bei Greiz stürzte ein Reparaturgerüst der Eisenbahnbrücke zusammen. Fünf Arbeiter stürzten in die Elster. Zwei wurden schwer und einer leicht verletzt.

Gemeinsam in den Tod. Ein in Halle a. S. junges reißes Ehepaar, Ingenieur Brant aus Blauen und Frau, erschoss sich nach dem Abendessen in einem dortigen Hotel. Beweggrund zur Tat ist nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ wahrscheinlich Krankheit; reiche Arzneimittel waren vorhanden.

Mord. In Walkrange bei Arlon ermordete ein Bauernsohn seinen Bruder durch fünf Revolverkugeln. Dann setzte er in der Nacht das Haus in Brand, in dem sich seine Mutter und ein verkrüppelter Bruder befanden. Beide konnten gerettet werden, erlitten aber schwere Brandwunden. Der Mörder wurde verhaftet. Als Grund für seine Tat gab er an, er habe sich seinem getöteten Bruder gegenüber von der Mutter zurückgesetzt gefühlt.

Belästigung des Publikums um eines Prinzen willen. Der „Frankf. Ztg.“ wird über willkürliche Wegesperrungen im Harz geschrieben: „Im allgemeinen Interesse sei auf folgendes Vorkommnis hingewiesen, das wieder einmal zeigt, wie leicht Behörden mit Verbotsbestimmungen bei der Hand sind. Kürzlich — zur Zeit als der Kronprinz sich zur Jagd nach Dambachshaus begeben hatte — beabsichtigten wir an einem Nachmittage vom Hergentanzplatz über das Dambachshaus nach Treseburg und von dort durch das Bobetal nach Thale zurückzugehen. Etwa ein halbe Stunde vom Hergentanzplatz entfernt, trifft der Fußweg, den wir gingen, auf die Landstraße, die in südwestlicher Richtung nach dem Pfeilsdenkmal und dem Dambachshaus führt. Als wir dieser Straße folgen wollten, wurden wir von einem dort postierten Gendarmen (!) zurückgewiesen, weil die Straße wegen Anwesenheit des Kronprinzen gesperrt sei. Wir schlugen nun die von diesem Punkt in südlicher Richtung führende Landstraße nach dem „Großen Triangel“ ein. Von dieser Straße führt nach etwa einem Kilometer ein Weg rechts ab nach dem Pfeilsdenkmal. Obwohl wir darauf gefaßt waren, auch auf diesem Wege angehalten zu werden, gingen wir ihn doch, da wir in unserm beschränkten Untertanenverstand glaubten, annehmen zu dürfen, daß, wenn auch dieser Weg gesperrt sein sollte, wohl am Anfang des Weges jemand postiert wäre, der uns dies mitteilte. Es stand auch ein Mann in Zivil auf der Landstraße, der uns indessen ruhig den Weg einschlagen ließ. Als wir jedoch in etwa einer Viertelstunde in die Nähe des Pfeilsdenkmals kamen, trat uns die Staatsgewalt in Person eines Gendarmen (= Oberwachmeisters (!)) in Zivil entgegen, der uns aufforderte, wieder umzukehren, weil hier gesperrt sei. Unsere Frage: „Warum?“ wurde zunächst mit der ebenso erschöpfenden wie streng verweisenden Erklärung beantwortet: „Nun, weil eben gesperrt ist!“ Trotz unseres Protestes blieb uns nichts übrig, als wieder umzukehren und unsere Absicht, nach Treseburg zu gehen, aufzugeben, da wegen des Unweges, den wir hätten machen müssen, die Zeit nicht mehr reichte. Es ist uns nicht klar, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung die Behörde sich für berechtigt gehalten hat, ein derartiges Verbot zu erlassen. Wir werden durch eine Beschwerde Näheres zu erfahren suchen, möchten jedoch nicht unterlassen, gleichzeitig durch Veröffentlichung des Vorfalles dagegen Warnung einzulegen, daß eine Behörde willkürlich öffentliche Wege absperrt, die jedermann zu benutzen ein Recht hat.“ Der Beschwerdeführer ist zweifellos ein arger Nörgler, der absolut keinen Patriotismus und keine Vaterlandsliebe im Leibe hat. Michal hat doch bekanntlich hübsch zu suchen, wenn ein Herr, der zufällig ein Fürst ist, seinem Privatvergnügen an irgend einem Orte nachgeht. Und versteht er das Rücken nicht, dann muß ihm dieses durch die hohe Obrigkeit gründlich beigebracht werden. Die Fürsten sind doch nicht des Volkes wegen da; denn dieses würde ohne dieselben sehr gut, sogar weit besser auskommen, als mit denselben.

Serabsetzung des Brotpreises. Die Bäckermeister von Sulzbach und Rosenberga (Oberpfalz) haben beschlossen, den Brotpreis von 80 Pfg. auf 75 Pfg. herabzusetzen. — Können das die Bäcker anderswo nicht auch? Eine Frage, die recht eingehend erörtert werden sollte!

Ein adliger Brandstifter? Vor kürzerer Zeit sind auf der Landesdomäne Falkenhagen zweimal größere Schadenfeuer entstanden. Unter dem Verdachte der Brandstiftung wurde nunmehr nach dem „Hannov. Courier“ der Domänenpächter v. Ohlen verhaftet und durch zwei Gendarmen dem Untersuchungsgefängnis des Landgerichts in Detmold zugeführt. Der durch die Brandstif-

tingen entstandene Schaden bezifferte sich auf weit über 30 000 Mk. Die Affäre erregt großes Aufsehen, da der Verhaftete einer der ättesten und angesehensten Adelsfamilien des Landes entstammt.

Ein begehrenswürdiger Posten wird im „Schwarzwälder Boten“ ausgeschrieben:

Dauernde Stellung als Hausbursche erhält sofort junger, verheirateter, gewandter, fleißiger, ehrlicher und solider Mann, mögl. gelernter Schreiner, bei einem Anfangslohn von zirka 15 Mk. Offerten mit Zeugnisabschr. an D. Friedrich, Drogerie, Grünstadt, Pfalz.

Das ist eigentlich recht wenig verlangt. Daß der Mann gelernter Schreiner sein soll, genügt doch für einen guten Hausburschen nicht, der sollte auch in anderen Fächern noch etwas bewandert sein. Vor allem müßte er das nötige Zeug haben, sich als Sungenkünstler zu produzieren; denn mit dem horrenden Wochenlohn von 15 Mk. wird er ohne Sungenkünstler doch nicht auskommen.

Antlicher Terrorismus. Die Amtshauptmannschaft Borna (Sachsen) hat diejenigen Besitzer von Gastwirtschaften, die auf die „Muldentaler Volkszeitung“ abonniert sind, zu einer Besprechung über die Frage, warum sie die „Volkszeitung“ halten, auf ihr Bureau geladen. Die Wirte haben die Frage dahin beantwortet, daß sie mit sozialdemokratischen Tendenzen nichts zu tun haben, daß sie die „Muldentaler Volkszeitung“ im Interesse ihrer Gäste, die sie verlangten, auslegten. Wenn sie dies nicht tun würden, müßten sie auf die Einkünfte aus Arbeiterreisen verzichten, die sie aber nicht entbehren könnten. Der Amtshauptmann hat indes diese Erklärung nicht gelten lassen, sondern das strikte Verlangen an die Wirte gestellt, die „Volkszeitung“ abzuschaffen und dann im Weigerungsfalle den Militärbotik angedroht. In einzelnen Fällen ist dieser Drohung auch schon die Ausführung gefolgt. So liegt folgendes amtliche Schriftstück vor:

Borna, den 29. Oktober 1908.
Das Generalkommando des 19. (2. Königlich sächsischen) Armeekorps hat den Militärpersonen den Besuch Ihrer Schankwirtschaft verboten.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.
F. A. v. Schwarz.

An Herrn Ernst Otto Luft, Gastwirt in Schwarz.
Zu bemerken ist, daß es sich hier keineswegs um Saalbesitzer handelt, sondern um Restaurateure. Zweifellos ist in diesem Vorgehen der Amtshauptmannschaft Borna die Wirkung des Hohenthalschen Geheimnisses zu erkennen, der die Amtshauptleute auffordert, der „übelwollenden Presse“ mit allen Mitteln entgegenzutreten! Unsere Parteigenossen werden sich durch das verwerfliche Treiben der Behörden ganz gewiß nicht einschüchtern lassen.

Die juristische Person. Zu einem vernünftigen Interesse kam es in der Stadtverordnetenversammlung zu Borna um gelegentlich der Beratung der Schankkonzessionssteuer. Im Entwurf war vorgesehen, daß von juristischen Personen und Vereinigungen, die den Wirtschaftsbetrieb zu eigenen Zwecken betreiben — also Fabrikantinnen, Vereinshäuser —, denen als solchen eine Konzession nicht übertragen werden kann, bei Übertragung der Konzession auf einen anderen Kastellan die Steuer nicht erhoben wird. Diese Bevorzugung juristischer Personen wollte dem Herrn Hotelier Budde, der zu den Stadtvätern gehört, die man fast ausnahmslos nur zu hören

das Vergnügen hat, wenn Interessen des Wirtstandes in Frage kommen, ganz und garnicht gefallen. Ich erblicke darin eine Ungerechtigkeit,“ rief er. „Da ist z. B. der Rechtsanwalt K., der die Wirtschaft im Ehrenfelder Tatterjaal einfach an einen Kastellan vermietet und als juristische Person die Konzessionssteuer nicht zu entrichten braucht. Auf diese Weise hätten es dann Rechtsanwälte, Richter und andere juristische Personen leicht, einen Wirtschaftsbetrieb zu unterhalten, ohne zur Konzessionssteuer herangezogen zu werden. Was von den Wirten verlangt wird, sollte auch von diesen Leuten gefordert werden! Unter Heiterkeit des Kollegiums versuchte Stadtrat Stumpf dem Redner klar zu machen, daß Rechtsanwalt K. weder als juristische Person noch als geschlossene Gesellschaft angesehen werden könne. Der erzürnte Stadtvater hatte dafür aber nur ein unglückliches Kopfschütteln. Daß ein Rechtsanwalt keine juristische Person sei, erschien ihm denn doch zu merkwürdig.

Eine Revolution auf Aktien. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“ aus New York am: Es ist nichts Neues, und wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß eine Revolution in Venezuela ein Geschäftsunternehmen ist. Das Ziel einer solchen Aktion ist die wohlgeleitete Staatskasse, an die man gelangte, nachdem einige Hindernisse überwunden sind, und diese Schwierigkeiten sind eben weiter nichts als die bestehende Regierung. Ein solches Geschäft ist durchaus reell, und es gibt gewiß Leute, die es für bei weitem auskömmlicher halten als so manche Bergwerksgründung, bei der man ja auch nicht so genau im voraus sagen kann, ob die erhofften Schätze wirklich angetroffen werden. Von diesen durchaus vernünftigen Prinzipien geht die ehrbare Revolution Junta aus, die ihren Sitz in New York hat. Sie hat daher, da die Revolution nun doch einmal ein solches finanzielles Unternehmen ist, beschlossen — und wir bitten zu glauben, daß die Sache nicht etwa lediglich ein Yankee-Witz sei —, ein Kapital zusammenzubringen, um die Revolution so durchzuführen zu können, wie es sich für ehrliche Geschäftsleute ziemt. Zu diesem Zwecke ist ein durchaus ernstgemeinter Prospektus herausgegeben worden, der zur Zeichnung auf die sechsprozentigen Revolutionsobligationen einlädt. Der Prospektus schildert die bedrohte Lage der venezolanischen Regierung und fährt dann wörtlich fort: „Niederländische Kaufleute sind benachteiligt, da Castro ihren Handel lähmt. Der französische Rabelgesellschaft geht es ebenso. Nun ist die Junta laut Versammlungsbeschluss vom 7. August 1908 ermächtigt worden, eine oder mehrere Anteile, kraft näher durch die Junta festzulegenden Bedingungen, auszuschreiben. Sie hat jetzt auf den Rat ihres ausgezeichneten und berühmten Advokats hin eine Anteile von 2000 000 Dollars aufgelegt. Die Hauptsumme ist zahlbar bei der Trust-Company zu New York City, die in enger Verbindung steht mit der Mutual Life Insurance Company, und zwar ein Jahr nachdem Cipriano Castro gestürzt sein wird. Die Obligationen tragen 6 Proz. Zinswert 1000 Golddollar. Preis 900 Dollars. Lieferbar zu Paris.“ In diesem eigenartigen aller Prospektus wird noch darauf hingewiesen, ein wie herrliches Spekulationsobjekt eine solche Obligation biete. Weiter des Revolutionsunternehmens ist der alte Feind Castro, der General Roldan. Bekanntlich hat Holland angeklagt, es werde am 1. November das Verbot der Waffenausfuhr aus Curacao aufgehoben, wenn Castro die unverkäuflichen Verfügungen nicht aufhebe, die den Handel Hollands in Westindien unterbinden. Castro hat sich selbstverständlich nicht dazu bequemt, seine Dekrete

zurückzunehmen. Sein Stolz ist es, wie er selbst sagte, die ganze Welt zum Feinde zu haben. Ob aber seine Courage noch standhalten wird, wenn der Abenteuerer Roldan die in Curacao mit Waffen versorgt hat und die erbitterten Widerlächer Castros im eigenen Lande mobil macht, das ist allerdings eine andere Frage.

Im Bahn. Der reiche Advokat Schibler in Neugrot durchschnitt in seiner Wohnung seiner Gattin die Kehle und tötete sich dann selbst. Bei dem Mann lag ein Brief, in dem er erklärte, er habe seine Frau sehr geliebt, er fühle sich glücklich, daß keine Versuchung mehr an seine Gattin herantreten könne.

Schiffsnachrichten.

Donnerstag, 5. November.
In Travemünde angekommene Schiffe.
D. Najaden, Kap. Stenfeld, von Kopenhagen in 18 Std.
D. Svithob, Kap. Borg, von Kalmars in 23 Std.
Carl, Kap. Johansen, von Aarhus in 14 Z.
D. Afrika, Kap. Andersen, von Wiborg in 3 1/2 Z.
D. Fehmarn, Kap. Schacht, von Fehmarn in 4 Std.
Theodor, Kap. Andersen, von Lysekil in 10 Z.
D. Buffard, Kap. Nachtwey, von St. Petersburg in 8 Z.
D. Dittlia, Kap. Petersen, von Niederfalty in 8 Z.
Ellen, Kap. Andersen, von Odense in 14 Z.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.
D. Lübeck, Kap. Lundin, nach Kopenhagen.
D. Seeadler, Kap. News, nach Wismar.
D. Gauthiod, Kap. Rosengreen, nach Stockholm.
D. Yngan, Kap. Hesse, nach Danzig.
D. Russland, Kap. Hünenbröder, nach Petersburg.
D. Dryade, Kap. Niemann, nach Kronstadt.
R. S. Berg, Kap. Andersen, nach Malmö.
D. Meta, Kap. Ehler, nach Fehmarn.
Alma, Kap. Thorsen, nach Kasstrup.
D. Dalmitad, Kap. Vergh, nach Kopenhagen.
D. Rurik, Kap. Gräslund, nach Stockholm.

Schiffsbewegung.

D. „Zar“ ist Donnerstag früh in St. Petersburg angekommen.
D. „Freg“ ist Mittwoch abend von Rissö auf hier abgedampft.
D. „Jris“ ist am Donnerstag mittag in Raumo angekommen.
D. „Olisee“ ist am Donnerstag nachmittag von Jurillen nach Herrings abgegangen.
D. „Dora“ ist am Donnerstag vormittag in Memel angekommen.
D. „Vebr Brahe“ ist am Donnerstag nachmittag von Danzig auf hier abgedampft.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

D. M. V.
Komitee-Sitzung
Montag, d. 9. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr.
im Vereinshaus.

Donnerstag morgen 6 Uhr entschlief sanft und unerwartet unser kleiner süßer

Karl
im zarten Alter von 4 Monaten. Tief betrauert von seinen Eltern und allen, die ihn nahe standen.
K. Heuser und Frau Martha
geb. Düsterdieck.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, insbesondere Herrn Pastor Legtmeyer für die trostreichen Worte am Grabe und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen innigsten Dank.

Auguste Meinsen,
geb. Westphal.
Zu vermieten zum 1. Januar eine Wohnung, 4 Zimmer u. Zubehör, Br. 340 Mk. Grönzfelder Allee 55.
Dasselbst ein Logis zu vermieten.

Tüchtige Vertreter
gesucht
(Herren und Damen)
für die neugegründete
Lübecker Sterbekasse
verbunden mit Konfirmantenkasse
(staatlich genehmigt)
für Lübeck und Umgegend.
Wilke Fleischhauerstraße 59.
Geschäfts- u. 9 Uhr vorm. u. 3 Uhr nachm.

Eine Schneiderin empf. sich
in und außer dem Hause
Engelsgrube 77/4.

Schillerstraße 4, part.
2 neue Betten sehr billig.
Sarzerroll, Lichtsäug, wr. Bavageien,
1 B. weiß, Reisvögel 6 Mk., Waldvögel
billig, Bierfische 5 Pfg.
Oeser, Vogelhandlung, Mühlenbrücke.
Gefunden ein Postenonkate, enthaltend
Lodennadeln und Schlüssel. Abzuholen im
Eckernadel des „Lübecker Volksboten“.

Eine Zuchtsau resp. Zügänger
hat zu verkaufen
Willy. Kelling, Rackenburg.

Sonntag morgen stehen
schöne Ferkel
billig zum Verkauf.
Gasthof „Drei Kronen“, Rackenburg.

Finder des roten Bartemannaies am
Sonntag abend in der Arminstr. ist ert.
und wird erucht, es abzugeben.
Arminstr. 8a.

Ausgekämmtes Haar kauft
H. Möller,
Füchtlingstraße 34.

Wäsche für junge Leute
auch Hausstandswäsche nimmt entgegen
Frau Hansen, Reiferstraße 2 a.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe. 333 u. 385 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhren, Königstr. 62, b. d. Hützstr.
Gebe rote Rabattmarken.

Hühnerfutter
empfiehlt billigt
Hans Pichelmann,
Friedenstraße 78, Ecke Drolingstraße.

Prima Queenfleisch Pfund 65 Pfg.
Bratenstücke 75 Pfg., Rollfleisch 90 Pfg.,
Beefsteak 1 Mk., Gehacktes 80 Pfg.,
Schweinefleisch 75 Pfg.

Johs. Rathmann,
Schwartau, Auguststraße 14.
Jeden Sonnabend

heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hützstr. 96.

Pr. fettes Ochsenfleisch
pro Pfund 65 Pfg.,
empfiehlt
F. Peters,
Glauborpstraße. — Ecke Waisenhoffstraße.

Diese Woche ausnahmsweise:
Prima dickes kernfett. Rindfleisch
Pfund 60 Pfg.,
sowie
sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren
in bester Qualität
zu billigsten Tagespreisen.
H. Schmalefeldt & W. Mamerow,
Schlachtereie und Wurstmacherei,
Reiferstraße 26.

Empfehle:
Prima kleine Rauchstücke
" Rippespeer
" halber. Schinken
im Gewicht von 5-9 Pfd.
ff. Aufschnitt
Prima fettes Queenfleisch
zu mäßigem Preise.
Sonnabend von 5 Uhr an:
ff. heiße Knackwurst.
Friedr. Green,
Schlachtereie und Wurstfabrik
mit elektrischem Betrieb
Kuyferschmiedestraße 14.

Empfehle diese Woche:
Prima junges dickes kernfettes Rind- und
Queenfleisch Pfund 60 Pfg., Bratenstücke
65 und 70 Pfg., Beefsteak 1 Mk., Rollfleisch
80 Pfg., Gulasch 70 Pfg., Gehacktes 70 Pfg.,
prima junges Schweinefleisch 70 Pfg.,
Karbonade 80 Pfg., prima Hamm- u. Ham-
melfleisch 70 Pfg., Keule 80 Pfg., Kalbfleisch
80 Pfg., Keule 60 Pfg.

Paul Boldt
Schlachtereie
22 Bahmstraße 22.
Fernsprecher 753.

Pa. weißes Schmalz pr. Pfund 70 Pf.
bei Abnahme von 4 Pfd. pro Pfd. 65 Pfg.
Schweinefleisch Pfund 70 Pfg., Kalbfleisch
50 Pfg., junges Hammelfleisch 65 Pfg.,
geräuch. Rollschinken 80 Pfg., keine
Rauchstücke 80 Pfg., geräuch. Wietnwurst
80 Pfg. u. 1.00 Mk., Schinkenpfeffer 90 Pfg.,
Kohlwurst 70 Pfg., frisch. Kopffleisch 40 Pfg.
Prima Kuheuter per Pfund 40 Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Nur noch bis zum 15. November
gelten die äußerst billigen Preise für
pa. Aepfel und pa. Birnen.
Decken Sie Ihren Winterbedarf.
Ein Bosten
ff. Tilsiter Käse
alt und pikant
pro Pfd. nur 20 Pfg.
Löhnmann & Co.
Königstraße 127.
Rote Rabattmarken.

Eier
8 Stück 60 Pfg.
Sehr schöner
Bienenhonig
— garantiert rein —
Pfd. 65, bei 5 Pfd. 63 Pfg.
Rote Lubecamarken.
Wilhelm Kalm
Schüsselbuden 3.

Neu eingetroffen schöner saftiger Schweizer
Käse à Pfd. 80 Pfg.
Tilsiter 30, 40 u. 80 Pfg. p. Pfd.
Holländer Mahnkäse Pfd. 80 Pfg.
Andere Sorten billigt.

Fedder J. Behm,
Bedergarbe 33, Ecke Fünfhausen.
Tilsiter Bruch-Käse
Pfund von 15 Pfg. an,
ff. Limburger
Pfund 25 Pfg.
C. Burckhardt,
Hützstraße 40.
Rabattmarken.

Neu angekommen

Rohlfantasten 1.10, 1.60, 1.85, 2.00 an.
 Alchimer 95, 1.10, 1.50, 1.90 an.
 Kohlenhaufel 20, 25, 45, 50, 100.
 Salontasten 2.75, 2.90, 3.60, 4.50.
 Wärmflasch. 1.45, 1.75, 2, 2.20, 3.60.

Serner:

Gängelampen 4 50, 5, 6.50, 8.50 an.
 Ampel m. Lampe 3, 3.50, 4.25 an.
 Tischlampen 1.60, 1.85, 2.25 bis 12.
 Küchenlampen 38, 48, 50, 70, 90, 1.50
 Flurlampen 35, 45, 75, 135 an.
 Petroleum-Kanne 2 Liter 48,
 3 Liter 60 Pfg.

Riesen-Bazar.

Pietro Cagna.

Breitestr. 33.

4-Proz. oder rote Rabattmarken.

Gratis erhält jeder Käufer bei 1 Herren-Anzug oder Paletot

1 elegant. Herren-Hut.



Credit-Haus
S. Sachs

2 Schmiedestraße 2

Herren- u. Knaben-

Garderobe auf

Abzahlung

mit

Wochenraten von 1 Mark an.

Alle Kunden u. Beamte erhalten alle Waren evtl.

ohne Anzahlung.

Ecke Sandstr.
am Klängenberg.

Herren-Arbeitsschuhe,
Schnür- u. Schnallen- 4.90, 5.90, 6.25 Mk.
 Herren-Schnür- u. Schnallenstiefel
6.25, 6.90, 7.25 Mk., ganz frische Ware,
 sowie sämtliche besseren Herren-,
 Damen- u. Kindersachen billig.
Heinrich Beekmann
 Reiferstrasse 6
 Reparatur- u. Schuh- u. Handarbeit.
 Rote Rabattmarken.

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Artikel
 lassen Sie billig und reich bei
Markt Otto Albers Kohlin.
 4. 10.
 1. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an,
 Geben pr. Pfd. nur 45 Pf. bis 4 Mk.
 00 Rote Lubeca-Marken. 00

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck Holstenstr.

Für Sonnabend
und Sonntag.

Enorm billige
Schuhwaren, nur bewährte,
solide Fabrikate

Für Damen:

Rossl. Schnür- u. Knopfstiefel genäht und genagelt 3⁰⁰ Mk.
 Boxkalf-Schnürstiefel moderne Form statt 7.50 Mk. 5⁷⁵ Mk.
 Boxkalf-Schnürstiefel elegante amerik. Fassung statt 9.75 Mk. 7²⁵ Mk.
 Chevreau-Schnürstiefel amerik. Form mit Lackkappe statt 10.50 Mk. 7⁹⁵ Mk.

Für Herren:

Rindbox-Schnürstiefel extra stark 6⁹⁰ Mk.
 Boxkalf-Zugstiefel durabelster Qualität statt 10.50 Mk. 7⁷⁵ Mk.
 Schnürstiefel la. Boxkalf od. Chevreaux, zum Teil Goody.-Welt, Wert bis 16.50 Mk. 9⁷⁵ Mk.

Für Kinder:

Schul-Stiefel

la. Rossleder, wetterfest

25-26 2⁵⁰ Mk. 27-30 3¹⁰ Mk. 31-35 3⁷⁵ Mk.

Plüschpantoffel

mit extra starker Ledersohle

für Herren 98 Pfg. für Damen 85 Pfg.

Plüsch-Ohrenschuhe

mit Ledersohle

21-26 78 Pf. 27-30 88 Pf. 31-35 1¹⁰ Mk.

Holstenhaus Lübeck

G. m. b. H.
Holstenstrasse

die beste Bezugsquelle für

elegante

Herren-Konfektion

Herren-Jackett-Anzüge in eleg. Fantasie-Cheviot und Kammgarnstoffen 24⁰⁰ 15⁵⁰ 9⁷⁵ Mk.
 Herren-Jackett-Anzüge modernster Ausführung in glattem blauen Cheviot u. Diagonal 32⁰⁰ 21⁵⁰ 16⁵⁰ Mk.
 Herren-Loden-Joppen glatte u. Falten-Fass., extra warm 12⁵⁰ 8⁷⁵ 3⁵⁰ Mk.
 Herren-Paletots u. -Ulster letzte Neuheiten für Herbst u. Winter in all. denk. Ausführ. u. Stoffarten 25⁰⁰ 18⁵⁰ 13⁹⁰ Mk.

solide

Berufskleidung

Blaul. Maschinisten-Jacken u. -Hosen 1⁶⁵ 1²⁵ 95 Pf.
 Gestreifte u. blaue Arbeitskittel extra stark 1⁸⁵ 1⁶⁵ 1²⁵ Mk.
 Zwirn-, Led-, Manch- u. Pilot-Hosen 3²⁵ 2¹⁵ 1⁸⁵ Mk.
 Herren-Barchent-Hemden 100 cm lang . . 1⁶⁵ 1³⁵ 95 Pf.

Knaben-Pyjacks 8⁵⁰ 5⁷⁵ 3⁵⁰ Mk.
 kleidsamste Neuheiten.

Gr. Ausverkauf

wegen gänzlicher Aufgabe meines

Uhren-

Gold- und Silberwarengeschäftes.
 Beachten Sie die Preise im Schaufenster
 jedes einzelne Stück ist ausgezeichnet.

Frieda Mohrmann,

Breitestraße 32-34.



Puppen-Reparaturen
 bitte schon jetzt in
 Arbeit zu geben
 E. Hertel, Hüxstr. 43.

Herrnburg.

Außerordentliche

Verammlung

des
 Sozialdemokratischen Vereins
 für Herrnburg und Umgegend
 am Sonntag, den 8. November,
 nachmittags 4 Uhr
 in Deckows Gasthaus.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das
 Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.
 Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!

(Zahlstelle Lübeck).

Mitglieder- Versammlung

am Sonntag, den 8. November 1908
 nachmittags 3 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Abrechnung vom Stiftungsfest.
4. Angelegenheit der Vereinsbrauerei.
5. Angelegenheit der Schloßbrauerei.
6. Angelegenheit der Grevismühlener Malzfabrik.
7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Konzerthaus „Harmonie“
 Süßstraße 110
 Zum ersten Male in Lübeck!
 Damen-Orchester
„Edelweiß“
 (6 Damen, 2 Herren.)
 Anfang 7^{1/2}, Sonntag 4 Uhr.
 Eintritt frei.

Hansa-Theater
 Theater Variété I. Ranges.
 * Sidi Nirvana *
 mit dem Wunderpferd „Lody“
 * Kunst und Leben. *
Grevys Pantomime:
 „Ein verhängnisvoller Morgen“
 und das neue Programm.
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadthallen-Theater.
 Sonntag, 8. November, 7^{1/2} Uhr:

Minna von Barnhelm.
 oder: Das Soldatenglück.
 Lustspiel von Lessing.

Neues
Stadt-Theater
 Kassen-Telephon
 Nr. 298.
 Sonnabend 8 Uhr: Mittelpreise!
 Voll-Abonnement 36. Sonnabend-Abonn. 6.
 Zum 1. Male! Novität!
 Staudhafte Liebe. Lustspiel von Kruse.
 Sonntag 7 Uhr: Große Preise!
 Voll-Abonnement 37.
 Lohengrin. Oper von Wagner.